Nr. 171 — Fünfundsechzigster Jahrgang — 1919
Freitag, den 25. Juli — Geschäftsstelle: Gartenstraße 1

Waldenburger Zeitung

Fernsprecher 3 — (Waldenburger Wochenblatt) — Fernsprecher 3

Publikationsorgan
der städtischen Behörden von Waldenburg, sowie von Amts- und Gemeindevorständen des Kreises Waldenburg. Postscheckkonto: Breslau Nr. 10073. Konto bei: Ortsgirokasse der Stadt Waldenburg, Waldenburger Handels- u. Gewerbebank, Bankhaus Eichborn & Co., Communalständische Bank.

Erscheint täglich
mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis vierteljährlich 4,90, monatlich 1,65 M. frei Haus Preis der einspaltigen Petitzeile für Inserenten aus Stadt und Kreis Waldenburg 30 Pfg., von auswärts 35 Pfg., Vermietungen, Stellengesuche 25 Pfg., Reklameteil 1 Mk.

Die zukünftige Marschroute Deutschlands.

Die Deutsche demokratische Partei.

Die Deutsche demokratische Partei hat auf ihrem ersten Parteitag eine weit größere Geschlossenheit gezeigt, als ihre Gegner gehofft hatten. Welche Bedeutung die Partei im Kreise der übrigen Parteien hat, läßt sich ohne weiteres erkennen aus den Zahlen des vom Abgeordneten Nuschke auf dem Parteitag erstatteten Geschäftsberichts.

Der Nationalversammlung gehören unter 423 Mitgliedern 75 Vertreter der Deutschen demokratischen Partei an. In den Landesversammlungen der Gliedstaaten ist die Deutsche demokratische Partei wie folgt vertreten:

1. Preußen	65	von	104
2. Bayern (ohne Pfalz)	22	„	156
3. Sachsen	22	„	96
4. Württemberg	38	„	150
5. Baden	36	„	107
6. Hessen	—	„	—
7. Mecklenburg-Schwerin	17	„	64
8. Sachsen-Weimar-Eisenach	9	„	42
9. Mecklenburg-Strelitz	18	„	42
10. Oldenburg	15	„	48
11. Braunschweig 22,7 v. H. der abgegebenen Stimmen			
12. Sachsen-Meiningen	3	von	24
13. Sachsen-Altenburg	10	„	40
14. Koburg-Gotha	—	„	—
15. Anhalt	12	„	36
16. Schwarzburg-Sondershausen	3	„	16
17. Schwarzburg-Rudolstadt	3	„	17
18. Waldeck	4	„	21
19. Reuß ä. L.	—	„	—
20. Reuß j. L.	3	„	21
21. Schaumburg-Lippe	2	„	15
22. Lippe-Detmold	—	„	—
23. Lübeck	—	„	—
24. Bremen	39	„	200
25. Hamburg	33	„	160

Bei den Wahlen zur Nationalversammlung hat sich die Deutsche demokratische Partei unter den nicht sozialistischen Parteien mit 5,6 Millionen Stimmen als die stärkste erwiesen. Denn in den etwas höheren Wahlstimmen des Zentrums sind auch die für welfische Kandidaten abgegebenen Stimmen enthalten. Die Partei zählt 2042 Ortsgruppen, die sich auf 73 Kreisverbände und 10 Bezirksverbände mit 7 870 940 Mitgliedern verteilen. Da aber die Angaben über den Umfang der Partei aus den besetzten Gebieten noch fehlen, so kann mit einem Bestand von 900 000 organisierten Mitgliedern der Deutschen demokratischen Partei gerechnet werden. Am besten stehen da Württemberg mit 49 000 Mitgliedern, Hamburg mit 40 000, Wahlverein Hessen-Nassau mit 39 000 und Teltow-Beeskow mit 38 700 Mitgliedern. Die Partei hat bisher durch die Reichsgeschäftsstelle in Berlin 30 Flugblätter allgemeinen Inhalts in einer Auflage von 10,6 Millionen und 33 Flugblätter an die Frauen in einer Auflage von 4,8 Millionen Exemplaren herausgegeben. Diese 63 Flugblätter in einer Auflage von 15½ Millionen sind aber nur ausgegangen von der Reichsgeschäftsstelle. Daneben ist noch eine recht erhebliche Zahl von Flugblättern im Lande verbreitet worden. 118 Parteisekretäre stehen der Partei zur Verfügung, eine verhältnismäßig geringe Zahl, wenn man an die Riesenaufgaben denkt, die die Deutsche demokratische Partei in der nächsten Zukunft lösen muß.

Die Volksabstimmung in Oberschlesien.

Breslau, 23. Juli. (WTB.) Entgegen irreführenden Nachrichten in auswärtigen Blättern über die Volksabstimmung in Oberschlesien wird von der Pressestelle des Reichs- und Staatskommissars für Schlesien und Westposen mitgeteilt:

Es ist unrichtig, daß im ganzen Regierungsbezirk Oppeln eine Volksabstimmung vorgesehen sei, sondern nur in dem Teil, der östlich einer Linie läuft, die etwa 8 Kilometer östlich von Neustadt an der alten österreichisch-ungarischen Grenze beginnt und 3 Kilometer östlich von Puschin die Ostgrenze des Kreises Falkenberg erreicht. Sodann läuft die Linie die Ostgrenze dieses Kreises entlang bis zu dem Punkte, wo sie in die Provinzialgrenze zwischen Ober- und Mittelschlesien einmündet, das ist etwa 8 Kilometer nördlich von Schurgast. Sonach bleiben die Kreise Falkenberg, Grottkau und Neiße vollständig, sowie der kleinere südwestliche Teil des Kreises Neustadt ohne Abstimmung bei Schlesien. Ohne Abstimmung ist ferner das Hultschiner Ländchen (nicht „Potschiner", wie es in einem Berliner Blatt heißt) an die Tschecho-Slowakei abzutreten, das ist der südliche Teil des Kreises Ratibor. Die Nordgrenze dieses Gebietes beginnt auf der Kreisgrenze zwischen Leobschütz und Ratibor, etwa 2 Kilometer östlich von Katscher, und verläuft ziemlich gradlinig bis zu einem Punkte, der in der Nähe von Oderberg auf dem Oberlaufe liegt. Sollte der nördliche Teil des Kreises Leobschütz sich nicht für Deutschland entscheiden, so wird der südliche Teil dieses Kreises an die Tschecho-Slowakei ohne Abstimmung abgetreten. Es ist also nicht richtig, wenn behauptet wird, daß der Kreis Leobschütz in seiner Gesamtheit an die Tschecho-Slowakei fallen soll, und zwar ohne Rücksicht auf das Ausfallen der Abstimmung seiner eigenen Bevölkerung. Der nordöstliche Teil des Kreises Namslau fällt natürlich nicht an die Tschecho-Slowakei, sondern an Polen, und zwar ohne Abstimmung, bis auf einen schmalen Landstrich östlich von Lorzendorf, der mit dem Kreise Kreuzburg abstimmt. Es ist falsch, wenn in auswärtigen Blättern behauptet wird, daß die übrige Hälfte des Kreises Namslau über ihre eigene Staatsangehörigkeit zu entscheiden habe, richtig ist vielmehr, daß der größere westliche Teil des Kreises Namslau ohne Abstimmung bei Schlesien verbleibt.

Durch die Falschmeldung ist in einzelnen Kreisen Schlesiens große Beunruhigung hervorgerufen worden; sie ist unbegründet.

Die Flucht aus den abzutretenden Gebieten.

Berlin, 23. Juli. Die Stadt Schneidemühl ist von Flüchtlingen aus dem abzutretenden Gebiet überfüllt. Täglich treffen Flüchtlinge in großer Zahl ein, sodaß in Schneidemühl große Wohnungsnot herrscht. Achtzehn Familien sind bereits in einer Kaserne untergebracht worden, für 70 bis 80 fehlt es bisher an Unterkunftsmöglichkeit.

Deutsch-polnische Funksprüche.

Berlin, 23. Juli. Das politische Departement des Obersten polnischen Volksrats hat in einem Funkspruch an den preußischen Minister des Innern verlangt, daß die polnischen Internierten in Preußen, namentlich in Schlesien, rasch und restlos freigelassen und in ihre Wohnorte zurückbefördert werden, damit auch die polnische Regierung den Rest der deutschen Internierten entlassen könne. Der Minister des Innern hat in seiner ebenfalls durch Funkspruch übermittelten Antwort festgestellt, daß nach den vorliegenden Berichten zahlreicher Deutscher aus Posen in der letzten Zeit Tausende von Deutschen jedes Standes, Alters und Geschlechts interniert und nur wenige entlassen worden seien. Seitens der preußischen Regierung werden schon seit längerer Zeit Geiseln nicht mehr genommen. Sie sei nach wie vor bereit, wegen der gegenseitigen restlosen sofortigen Freigabe aller Internierten in Unterhandlungen zu treten und erwarte alsbaldige Erklärung zu diesem Vorschlage.

Sofortige Einziehung von sechs Jahrgängen in den neuen polnischen Gebieten.

Aus Thorn wird uns von zuverlässiger Seite gemeldet: Gelegentlich der letzten Beratungen über die Uebergabebedingungen in den zu Polen kommenden Gebieten kam es zur Sprache, daß in den neuen Provinzen sofort die Militärpflicht, wahrscheinlich die Einziehung von sechs Jahrgängen, durchgeführt werden wird. Deutsche Militärdienstgrade und die Dienstzeit im preußischen Heer soll anerkannt werden. Ueber diejenigen, denen das Recht zusteht, für Deutschland zu optieren, werde noch verfügt werden. Trotz des Hinweises auf den niederschmetternden Eindruck einer solchen Verfügung in den zur Abstimmung kommenden Gebieten wurde betont, daß die Maßnahme im Interesse der Sicherheit des neuen polnischen Staates absolut notwendig sei.

Das heißt auf deutsch, daß im Falle eines unglücklichen Ausfalles der Abstimmung die oberschlesische Jugend sofort unter den polnischen Fahnen gegen Litauer und Ukrainer bluten muß. Angesichts einer solchen Aussicht wird noch mancher Schreier in sich gehen.

Programmatische Ministererklärungen in der deutschen Nationalversammlung.

64. Sitzung, Mittwoch, 23. Juli.

Am Regierungstisch: Bauer, Müller, Rosse, Erzberger, Schmidt und Schlicke.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 10 Uhr 25 Minuten. Einziger Gegenstand der Tagesordnung:

Entgegennahme einer Erklärung der Regierung.

Das Wort ergreift

Reichsministerpräsident Bauer:

Er führt aus, die Nationalversammlung habe vor 14 Tagen unter dem Zwang der Weltlage den Friedensvertrag ratifiziert. Er wolle die Vergangenheit lassen, denn nun gelte es, nach vorn zu sehen, Blick und Schritt vorwärts zu richten.

Arbeit an der Erfüllung des Vertrages und Wiederaufbau unseres zusammengebrochenen Volkes, unserer zertrümmerten Wirtschaft, unseres schwergefährdeten sittlichen Bewußtseins, all das muß mit den gleichen Mitteln auf dem gleichen Boden geleistet werden. Für das deutsche Volk gäbe es keine Entschuldigung und keine Ausflüchte, wenn es dieser Arbeit nicht gerecht würde. Die Revolution hat uns freie Bahn geschaffen, aber es war die freie Bahn, wie sie die Vernichtung auf einem Schlachtfelde schafft. Acht Monate sind seither ins Land gegangen, größtenteils den Aufräumungsarbeiten gewidmet, aber auch dem Ausbau des neuen Staatshauses, das Sie in diesen Tagen durch die Annahme der neuen Verfassung krönen werden. Damit ist die demokratische Republik unter Dach und Fach, damit hat die Deutsche Nationalversammlung den

ersten großen Teil ihrer Aufgaben

gelöst. Es verdient festgehalten zu werden, daß die Herren der äußersten Rechten gerade diesen Augenblick, der das Hohenzollernsche Kaiserreich auf Nimmerwiedersehen zu den Toten legt, dazu benutzt haben, die Wiederherstellung der Monarchie der Hohenzollern als ihren ersten Programmpunkt zu erklären. Daß sie die Revolutionsregierung für diesen Frieden verantwortlich machen, nachdem das Kaisertum in unseliger Machtverblendung den Krieg und damit von vornherein den Frieden verloren hatte, daß sie der heutigen parlamentarischen Regierung den Kampf ansagen bis aufs Messer, all das ist uns nichts Neues. Wir sind zum Kampfe gerüstet, auch zum Kampf gegen Geschichtsfälschung. Die Geschichte selbst hat in den Novembertagen gerichtet, und es ist alter deutscher Rechtsgrundsatz, daß der Verurteilte drei Tage lang nach dem Urteil schimpfen darf.

Ich verzichte darauf, die demokratischen Errungenschaften der letzten acht Monate aufzuzählen. Kein anderes Volk kann sich solch reiner Demokratie rühmen. Ganz sicher ist noch das eine oder das andere zu tun und zu bessern. Ich erinnere nur an die grundlegende Umgestaltung unseres Strafrechts und unseres bürgerlichen Rechts, die bereits in vollem Gange ist und die Demokratisierung unserer

Rechtsprechung bringen wird. Aber wenn es wirklich noch da und dort fehlt, so ist es nicht ein Fehlen von Rechten des Volkes, sondern vielmehr ein Fehlen von Fähigkeiten, diese Rechte in vollem Umfange auszuüben. Damit bin ich wieder bei der Zukunft und ihren Aufgaben. Wir müssen die Kräfte im Volk schaffen und ausbilden, welche die Demokratie, soweit sie noch auf dem Papier steht, ins Leben übertragen. Dies Schaffen und Ausbilden muß da anfangen, wo der wahre Mensch selbst anfängt, in der Schule, in der Erziehung. Wir müssen die Waffen der Bildung und der Kenntnisse an das ganze Volk verteilen, das ist die einzige Bewaffnung des Proletariats, die uns den Sieg für unser ganzes Volk verbürgt. Mit Gewaltsamkeiten ist keine Entwickelung zu fördern. Die Herren Unabhängigen sind es, die die

Diktatur des Proletariats

als die politische Notwendigkeit der nächsten Zeit anpreisen. Aber eine Diktatur kann keine neuen Kräfte schaffen, sie kann die innere Natur der Dinge nicht verändern, ganz besonders nicht auf wirtschaftlichem Gebiet.

Meine Damen und Herren! Eine Regierung, die diesen Namen verdient, muß handeln. Ihre Aufgabe ist es nicht, vor jedem leichtfertig vom Zaune gebrochenen Streik zu kapitulieren. Aber es ist ihre Aufgabe, berechtigte Gründe zur Unzufriedenheit zu beseitigen und ihre Volksgenossen darüber aufzuklären, was heute durch keine Macht zu ändern, was als unselige Erbschaft des Krieges gemeinsam getragen und abgetragen werden muß.

Was sich im neuen Deutschland am gründlichsten geändert hat, das sind die

Machtverhältnisse im Wirtschaftsleben.

Auf der einen Seite außerordentliche Entwertung des Kapitals, auf der anderen außerordentliche Steigerung der Löhne, das hat von Grund auf das Verhältnis zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber umgestaltet. Der Anteil, den der eine und der andere aus der gemeinsamen Arbeit zieht, duldet keinen Alleinbesitz und kein alleiniges Bestimmungsrecht des Unternehmers mehr. Die Macht des Arbeiters ist gewachsen, seine einstige Rechtlosigkeit gehört der Geschichte an.

Diese Umschichtung im Einfluß auf den Wirtschaftsprozeß muß ihren Ausdruck auch in unseren öffentlichen Einrichtungen finden. Darum wird Ihnen die Reichsregierung ein Gesetz über Arbeiter-Räte und Wirtschafts-Räte vorlegen, das den Arbeiter aus seiner bisherigen Stellung, lediglich als Arbeitskraft, heraushebt und ihn zum Mitbestimmer im Produktionsprozeß macht. Nicht mehr allein der kapitalistische Besitz, sondern die produktive Mitarbeit verleihen im neuen Deutschland Recht und Anteil. Das ist der große Gedanke dieses Gesetzes, das damit die Idee des Kapitalismus endgültig verneint. Es beseitigt nicht den Unternehmer, aber sein einseitiges Uebergewicht, es setzt über das Privatinteresse das Allgemeininteresse, es beendet ein für allemal das Zeitalter der „lebendigen Maschine" und bahnt den Weg zum Ideal des Sozialismus: zum gleichberechtigten Mitarbeiter und Mitbesitzer.

Während die Reichsregierung so generell das Machtverhältnis innerhalb des Wirtschaftslebens auf neue Grundlagen stellt, geht sie in besonderen dazu geeigneten Fällen weiter. Sie zieht aus dem Arbeitsprogramm des Kabinetts Scheidemann, das von ihr übernommen wurde, die Konsequenzen, indem sie diesem hohen Hause in den nächsten Tagen einen Gesetzentwurf vorlegen wird, wonach die dem öffentlichen Verkehr dienenden Stromerzeugungsanlagen (über 5000 Kilowatt), soweit sie nicht bereits kommunalisiert oder im Besitz der Freistaaten sind, sowie die Hochspannungsleitungen (über 50 000 Volt)

in den Besitz des Reiches übergeführt

werden. Ein weiteres Gesetz, das die Braunkohlen-Erzeugung sozialisieren soll, hoffen wir binnen kurzem zur Vorlage reif zu machen. Damit werden zwei Wirtschaftsgebiete von kaum zu unterschätzender Bedeutung in den Allgemeinbesitz überführt. Was es bedeutet, wenn die Gesamtheit die Kraftquellen in der Hand hält, ohne die fast kein Betrieb zu leben vermag, brauche ich nicht aufzuführen. Aber auf eines darf ich hinweisen: Der Herr Reichsfinanzminister hat Ihnen seine Pläne mitgeteilt. Das Reichsnotopfer und die Umsatzsteuer sind bereits dem Staatenausschuß zugegangen, der Entwurf einer Reichsabgabenordnung folgt dieser Tage. Gekrönt werden soll diese neue, von sozialer Gerechtigkeit getragene Steuergesetzgebung durch eine Reichseinkommensteuer, die durch das ganze Reich gleichmäßig veranlagt werden soll, und die ihrerseits wiederum notwendigerweise zur Schaffung einer Reichssteuerverwaltung führen wird. Damit ruht die Finanzgesetzgebung im weitesten Umfang in den Händen des Reichs. Die Verfassung schafft die Reichs-Eisenbahnen. Die Sozialisierung von Elektrizität und Braunkohle, der bald der übrige Bergbau folgen soll, macht

das Reich zum wichtigsten Faktor des Wirtschaftslebens!

Mit diesen drei Machtmitteln ist im demokratischen Staat die Mehrheit des Volkes jederzeit in der Lage, dem deutschen Wirtschaftsleben die Form und den Inhalt zu geben, den sie für richtig und möglich hält. Das Reich ist niemandem gegenüber, sei es die Großindustrie, sei es sonst ein Konzern, in Zukunft machtlos. Damit ist in der Tat die Zeit der gewaltsamen Umwälzungen für jeden demokratisch Denkenden abgeschlossen. Wen das Volk in die Regierung einsetzt, der kann sein Wirtschaftsideal verwirklichen, soweit sich Ideale verwirklichen lassen, ohne eigennützige Hindernisse befürchten zu müssen! Wie wir den uns gewordenen Auftrag des Volkes erfüllen wollen, das zeigt Ihnen die Tatsache, daß wir diesen Zustand herbeigeführt haben oder ihn ehestens auch durch Schaffung zweckdienlicher Monopole herbeiführen wollen. Nach den politischen werden wir auch die wirtschaftlichen Schicksalsbestimmungen in die Hand des Volkes selbst legen.

Die Reichsregierung hat sich zur verfassungsmäßig und gesetzlich festgelegten Schaffung von

Betriebsräten und von Bezirkswirtschaftsräten,

die in einem Reichswirtschaftsrat ihre Spitze finden sollen, entschlossen. Das Gesetz über die Betriebsräte wird Ihnen in diesen Tagen, der zweite Teil über Bezirkswirtschaftsräte im Herbst zugehen. In diesen Organisationen sieht die Regierung die aus dem werktätigen Volk heraufwachsenden Instanzen, die Vorbereiter und später Träger der Sozialisierung sein sollen. Die Regierung konnte sich nicht entschließen, diese zukunftsvollen Organisationen von unten herauf durch eine behördliche Reglementierung von oben herunter ihrer Aufgabe und ihres Einflusses zu berauben. Aber weiter: Die Regierung hat den Vertrag von Versailles vor allem der Erhaltung der Reichseinheit wegen unterzeichnet. Diese wäre aber aufs ernsteste gefährdet, wenn wiederum von Berlin aus zentralistisch und behördlich das ganze Wirtschaftsleben gegängelt würde. Dazuhin hat die Okkupation im Westen unsere Grenzen in einer Weise flüssig gemacht, daß dem Schleichhandel alles zugänglich ist, während der loyale Handel nach wie vor in den Fesseln unfrei machender Vorschriften läge. Das bedeutet für die Industrie: entweder Paktieren mit unsauberen Schleichhandelsexistenzen und dadurch Arbeitsmöglichkeit — oder lahmgelegt zu sein, während die weniger gewissenhafte Konkurrenz im vollen Betrieb ist. Schließlich sind die Bedürfnisse der einzelnen Industrien völlig verschieden, sodaß die Krankheitserscheinungen der einzelnen Wirtschaftszweige nicht mit ein- und derselben Medizin geheilt werden können.

All diese Ueberlegungen haben uns zu dem Entschluß gebracht, alten Zwang zu brechen und neuen Zwang nicht einzuführen. Wir werden daher entschlossen an den

Abbau der Reste der Kriegswirtschaft

gehen; die Kriegsgesellschaften sind aus der Not der Blockade geboren, die Aufhebung der Blockade muß ihr Ende herbeiführen! Für unsere künftige Wirtschaftspolitik werden drei Gebote richtunggebend sein:

1. Sozialisierung, soweit als möglich, und keinerlei neue Erschwerungen für die künftige durchgehende Sozialisierung;
2. Sicherstellung des Bedarfs der Minderbemittelten an Nahrung und Kleidung;
3. Fernhaltung überflüssiger Luxuseinfuhr, die unsere Zahlungsmittel verschlechtern müßte, und überhaupt jeder Einfuhr, die unsern Arbeitsmarkt ungünstig beeinflussen würde.

In den Grenzen dieser drei Gebote aber Freiheit der Wirtschaft. Heranziehung jeder Initiative und jeden Kredits, Dezentralisation der Mitarbeit und Aufforstung unseres wirtschaftlichen Lebens.

An der Spitze aller Bemühungen, die Volkslage zu bessern, muß natürlich die Ernährungsfrage stehen. Die Reichsregierung hat bereits $1^1/_2$ Milliarden ausgeworfen, um eine Verbilligung der ausländischen Lebensmittel herbeizuführen. Das Ende der Blockade muß von ihr mit aller Energie dazu ausgenutzt werden, um weitere Verbilligungen zu erzielen, um durch günstige Abschlüsse und Erreichung vorteilhafter Kredite den Schleichhandel durch das einzige Mittel unschädlich zu machen, das durchschlägt: durch billiges Angebot von Nahrungsmitteln. Auf eine Rationierung der wichtigsten Bestandteile der Volksernährung und der Volksversorgung werden wir einstweilen nicht verzichten können. Aber bei dem allgemeinen Abbau der Kriegsgesellschaften soll einzig und allein darauf Bedacht gelegt werden, daß auf allen Gebieten der freie Handel nicht wieder zu verantwortungslosem Handel mit den Interessen der Allgemeinheit werde. Danach wird zuerst die Bewirtschaftung der Textilien umgestaltet werden. Das Kabinett hat beschlossen, die aus der Kriegswirtschaft noch vorhandenen fertigen Stoffe unverzüglich und binnen kürzester Frist der Bevölkerung zuzuführen. Dabei wird Vorsorge getroffen werden, daß die minderbemittelten Kreise, die Arbeiterschaft lebenswichtiger Betriebe, die Beamtenschaft, unsere Kriegsgefangenen in erster Linie berücksichtigt werden. In gleicher Weise werden die noch vorhandenen, nicht unerheblichen Vorräte an Wolle sofort der Weiterbearbeitung zugeführt, um damit den beteiligten Industrien und ihrer Arbeiterschaft Beschäftigung zu geben und gleichzeitig die Versorgung der Bevölkerung mit fertigen Stoffen auf breitere Grundlage zu stellen. Die aus der Kriegswirtschaft stammende Zentralorganisation, die Reichs-Textil-Aktiengesellschaft, wird abgebaut.

Ein weiterer Schritt auf dem Wege, die aus den Kriegsverhältnissen hervorgegangene Zentralisation zu beseitigen, ist die

Aufhebung der Devisenordnung.

Ihre Bestimmungen haben sich immer mehr als undurchführbar und heute als nahezu wertlos erwiesen. Mehr noch: der Tag, an dem sie erlassen wurde, war auch der Geburtstag eines Devisen-Schleichhandels der schlimmsten Art. Wenn sie jetzt fällt, so verschwindet gleichzeitig ein Stück Kriegs-Korruption, das sich in unseren Handelskreisen in bedenklichster Weise eingefressen hatte. Die Aufhebung setzt voraus eine Ergänzung der Vorschriften zur Abwanderung des Kapitals nach dem Ausland. Sie bringt anderseits eine wesentliche Erleichterung des Postverkehrs. Die zuletzt nur noch als Folgeerscheinung zur Devisenordnung aufrecht erhaltene Zensur des Brief- und Telegrammverkehrs kann endlich beseitigt werden. Damit fällt eine der am unangenehmsten empfundenen Fesseln der Kriegszeit und wird, soweit es an uns liegt, der Weg für die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen und des geistigen Kontakts mit dem Ausland frei.

Notwendig natürlich und nicht zu entbehren ist bei all diesen Erleichterungen die von mir bereits erwähnte Kontrolle der Ein- und Ausfuhr und die dadurch zu erzielende Beteiligung des Reichs und der Intressenten, einschließlich der Verbrauchs-Organisationen, an der Preisgestaltung und der Verteilung. Wenn dadurch die leidigen Höchstpreis-Festsetzungen überflüssig würden, so wäre das der Todesstoß für den Schleichhandel, den wir nicht in die Friedenszeit mit hinüberschleppen dürfen.

Hierauf erhält das Wort:

Reichsminister des Aeußeren Müller.

Er führte u. a. aus: Die Welt soll sich davon überzeugen, daß der Verlust von zwei Millionen Toten, die dieser Krieg Deutschland gekostet hat, in dem deutschen Volk die Ueberzeugung befestigt hat, daß Streitigkeiten unter den Völkern nicht mehr mit Pulver und Blei ausgefochten werden dürfen. Solange es Menschen geben wird, die sich an diese Kriegsjahre erinnern werden, solange die Krüppel dieses Krieges als lebende Wahrzeichen dieser entsetzlichen Jahre die Straßen der Dörfer und Städte bevölkern, wird es in keinem der am Krieg beteiligt gewesenen Länder einem Staatsmann gelingen, das Volk wiederum in einen Krieg zu führen. Ein einziger Schrei aus den geängstigten Herzen von Millionen Müttern würde ihm begreiflich machen, daß die Zeiten vorbei sind, in denen Menschenleben so niedrig im Werte standen, wie in den letzten fünf Jahren. Als Ergebnis des Krieges ist für uns festzustellen, daß das deutsche Schwert in Zukunft als Hilfsmittel diplomatischer Kunst nicht mehr zählt. Es ist uns eine so gründliche Abrüstung auferlegt, daß es zweifelhaft ist, ob sie selbst im Interesse der Sieger liegt. Aber diese Abrüstung ist zunächst nur uns und unseren früheren Verbündeten diktiert. Zu einem Segen für die ganze Welt wird die Abrüstung erst dann werden, wenn sie allen Völkern gemeinsam auferlegt sein wird

Die Erreichung dieses letzten Zieles

zu fördern, muß unsere Aufgabe sein. Wir werden dieser Aufgabe am besten gerecht, wenn wir allen militaristischen Gedankengängen endgültig entsagen, wenn wir schon unsere Jugend dazu erziehen, daß in Zukunft nicht das Schwert, sondern nur das Recht über die Beziehungen der Völker untereinander zu entscheiden hat. Die Seelen unserer Jugend sollen nicht durch Haßgesänge vergiftet werden. Der Chauvinismus war bei allen Völkern eine der Quellen, die zu diesem Kriege geführt haben. Die Welt hat an diesem einen Weltkriege wahrlich genug. Einen neuen Geist des Rechtes zu pflegen, sind wir aber auch den Millionen Deutschen schuldig, die infolge des Krieges unter fremde Herrschaft kommen, und deren Verlangen nach kultureller Autonomie um so sicherer erfüllt werden wird, je mehr die ganze Welt sich davon überzeugt, daß das deutsche Volk ein friedliches Volk ist, das gemeinsam mit seinen Nachbarn die zertrümmerte europäische Kultur wieder aufbauen will, und in dessen Reihen nur einflußlose Minderheiten nach militärischer Rache schreien. Wir müssen die Welt von unserem unerschütterlichen Friedenswillen aber auch deshalb überzeugen, damit die Politik der Koalitionen, die in letzter Linie zu diesem Weltkrieg geführt hat, in absehbarer Zeit begraben wird. In Versailles wurde bereits eine neue Koalition gegründet. Gleichzeitig mit dem Versailler Vertrag wurde das französisch-englisch-amerikanische Abkommen geschlossen, das Frankreich gegen einen provozierten Angriff Deutschlands schützen soll. Die militärische Neutralisierung der rheinischen Grenzgebiete sieht die französische Regierung als genügenden Schutz nicht an. Das Mißtrauen gegen die deutsche Politik ist ebenso groß wie das Vertrauen auf die Kraft des deutschen Volkes. Andererseits spekulieren in Deutschland bereits politische Kartenleger auf die Möglichkeit künftiger Gegenallianzen. Sie richten ihre Blicke nach dem nahen und dem fernen Osten. Sie hoffen auf die Uneinigkeit der Sieger und sehen bereits eine

Allianz der Unzufriedenen

im Werden, die sich zusammenfinden könnten, weil sie bei der Verteilung der Beute nicht voll auf ihre Kosten gekommen zu sein glauben. Mir scheint diese Illusion nicht zeitgemäß zu sein. Der Verlauf der Friedensverhandlungen gibt uns wirklich kein Recht zu der Erwartung, daß demnächst solche Bündnisse entstehen und Besserung für unsere Lage bringen könnten. Gegen die unsinnige Politik der Allianzen arbeiten wir am besten, wenn wir uns an keiner beteiligen und so den Boden für einen wirklichen Bund der Völker vorbereiten, nach dem sich die Besten aus allen Ländern von ganzem Herzen sehnen. Das Zeitalter der Geheimdiplomatie mit ihrem Intriganspiel soll erledigt sein. Unsere tatsächliche Bereitschaft zum Eintritt in einen Völkerbund erklären wir dadurch, daß wir bereit sind, mit allen Völkern im Frieden zu leben. Die vorbereitende Arbeit, welche Graf Brockdorff-Rantzau und seine Mitarbeiter für die Schaffung eines wirklichen Völkerbundes in Versailles geleistet haben, wird die Geschichtsforschung einstmals dankbar anerkennen, wenn in ruhigeren Zeiten die Gewaltparagraphen des Vertrages von Versailles von den billig Denkenden aller Völker das gleiche harte Urteil erfahren werden. Wir sehen in dem vorliegenden Bund der Kabinette, und zwar der Kriegskabinette der einen Seite, unsere völkerrechtlichen Ideen in keiner Weise erfüllt, sondern verlangen, daß die Völker selbst, und zwar alle Völker, auf die Verfassung des Völkerbundes entscheidenden Einfluß erhalten. Ein Völkerbund ohne das deutsche Volk und ohne das russische Volk ist kein Völkerbund. Wir haben uns unter dem Zwange der Verhältnisse verpflichten müssen, den Vertrag loyal zu erfüllen. Wir lassen keinen Zweifel darüber, daß es uns mit dem Willen zu diesem Erfüllen bis zur Grenze unserer Fähigkeit ernst ist, wir wollen aber auch keinen Zweifel darüber lassen, daß wir

Waldenburger Zeitung

Nr. 171. Freitag, den 25. Juli 1919 Beiblatt

Aus Stadt und Kreis.

Waldenburg, 24. Juli 1919.

Ordentliche öffentliche Stadtverordneten-Versammlung am 23. Juli 1919.

Vom Magistrat waren erschienen zweiter Bürgermeister Dr. Wießner, Gerichtsassessor Landsky und Gasinspektor Rohde. Das Stadtverordnetenkollegium war durch 42 Mitglieder vertreten. Leiter der Verhandlungen war Stadtv.-Vorsteher Dikreiter.

1. Mitteilungen.

Der Vorsitzende verlas zunächst ein Schreiben des Stadtv. Stegmann, der der Versammlung wegen Fortzugs nach Spandau die Niederlegung seines Mandats mitteilt und gab bekannt, daß der Magistrat nunmehr für sämtliche Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung Ausweiskarten zum Besuch der städt. Institute, des Gartens usw. habe ausfertigen lassen. — Hierauf nahm außerhalb der Tagesordnung Stadtv. Schumann das Wort und legte namens der städtischen Beamtenschaft entschieden Verwahrung ein gegen einen Artikel in der „Bergwacht", der sich mit den Verhältnissen auf der städt. Ziegenzuchtanstalt und der Hühnerfarm beschäftigt und Beleidigungen gegen die Beamten enthält. Er (Redner) wundere sich, daß ein Stadtverordneter diesen Artikel geschrieben habe und nicht mit seinem Namen gezeichnet habe. — Stadtv. Tholl erklärt, daß er den Artikel für die „Bergwacht" geschrieben habe, und daß gegen seinen Willen sein Name von der Redaktion fortgelassen worden sei. Er habe mit seinen Anklagen nicht diejenigen Beamten treffen wollen, für die jetzt der Stadtv. Schumann eingetreten sei, sondern die höheren Aufsichtsstellen und das Oberhaupt der Stadt selbst. Es wäre Sache des Ersten Bürgermeisters gewesen, hier schon früher energisch einzugreifen und nicht die Verantwortung auf irgend einen Dezernenten abzuwälzen. — Zweiter Bürgermeister Dr. Wießner erklärt, daß es Sache der Prüfungs-Kommission sei, die Angelegenheit zu untersuchen. Der Magistrat wünsche selbst, daß volles Licht in die Angelegenheit hineinkomme. Allgemeine Beschuldigungen in der Presse sollten jedoch besser nicht erhoben sein. — Nach weiteren Ausführungen der Stadtv. Schumann, Franz, Anders und Tholl stellte Stadtv.-Vorsteher Dikreiter als Ergebnis der Debatte fest, daß es sich für die Zukunft doch empfehlen dürfte, vor Abfassung solcher Zeitungsartikel erst das Ergebnis der Kommissionsuntersuchung abzuwarten.

2. Eingemeindung von Neu Weißstein.
(Berichterstatter: Stadtv.-Vorst. Dikreiter.)

Der Magistrat beantragt, sich mit der Eingemeindung von Neu Weißstein einschl. des Juliusschachtes grundsätzlich einverstanden zu erklären und den Magistrat zu ermächtigen, die erforderlichen Schritte zur Durchführung der Eingemeindung zu unternehmen.

In der Begründung der Magistratsvorlage heißt es: Durch die Eingemeindung von Altwasser ist die Frage der Eingemeindung der Kolonie Neu Weißstein wieder in den Vordergrund des Interesses gerückt. Dieselben Gründe, die bisher die Gemeinde Altwasser veranlaßt haben, die Eingemeindung Neu Weißsteins mit Nachdruck zu betreiben, gelten in höherem Maße jetzt für die Stadt Waldenburg. Neu Weißstein, zum Teil auf beiden Seiten der Fürstensteiner Straße belegen, schiebt sich keilförmig in das durch die Eingemeindung von Altwasser vergrößerte Stadtgebiet ein. Hieraus entstehen für die Ausübung einer ordnungsmäßigen Verwaltung Schwierigkeiten, und die fortschreitende Entwicklung der Stadt wird dadurch hemmend beeinflußt. Das gilt insbesondere für die Fluchtlinienführung, Bebauungsplan, Straßenreinigung, Abführung der Regenwässer, Rohrleitungen usw. Das zurzeit der Kolonie Neu Weißstein gehörige Gelände ist die einzige Landfläche, durch die eine brauchbare Verbindung des Waldenburger Stadtkerns mit der Gemeinde Altwasser hergestellt werden könnte, da im übrigen bergiges und brüchiges Gelände dazwischen liegt. Waldenburg muß daher der unbedingt eine Abrundung seines Stadtgebietes anstreben, um einen Zusammenschluß mit Altwasser auch tatsächlich verwirklichen zu können. Umgekehrt ist Neu Weißstein örtlich gänzlich losgelöst von der Muttergemeinde und steht tatsächlich und wirtschaftlich in einem engen Zusammenhange mit Waldenburg-Altwasser. Die durch die Industrie und bergbaulichen Anlagen entstehenden Belästigungen (Rauchentwicklung usw.) stören lediglich die Stadt. Die Arbeiter der einzelnen Betriebe wohnen fast ausschließlich in Waldenburg und Altwasser. Alle die hiermit in Verbindung stehenden Lasten auf dem Gebiete der Armen- und Wohlfahrtspflege, die gerade jetzt außerordentlich schwierige Wohnungsfürsorge, das Siedlungsproblem, die Schullasten usw., das alles belastet die Stadt, während umgekehrt die Arbeiter und Angestellten der Betriebe an den Gemeindeanstalten und sonstigen Annehmlichkeiten der Stadt Anteil haben. Diese Lage hat sich während der letzten Jahre noch bedeutend verschärft, und es drängen die Verhältnisse von selbst dazu, diesen Teil von Weißstein dem Waldenburger Stadtgebiet zuzuschlagen.

Die Grenze ist so gezogen, daß alle von der Muttergemeinde räumlich abgelegenen, mit Waldenburg in engster Beziehung liegenden Teile nach Waldenburg übernommen werden sollen, wobei sich die gezogene Grenzlinie der Natur des Geländes anpaßt. Im Norden ist darauf Rücksicht genommen, daß der nach der Wilhelmshöhe zu vorspringende Geländezipfel von Altwasser, der zu Siedlungszwecken benützt werden soll, durch Eingemeindung eines Teiles von Hartau soweit vorgeschoben werden soll, daß er die für die Eingemeindung von Neu Weißstein gedachte Grenzlinie erreicht.

Mit Rücksicht auf alle diese Umstände hat es der Magistrat für seine Pflicht erachtet, die Eingemeindung von Neu Weißstein unverzüglich durchzuführen. Im Fall, daß die Gemeinde Weißstein sich unseren Plänen abgeneigt zeigt und in die Loslösung von der Muttergemeinde nicht willigen würde, würde mit Rücksicht auf die wichtigen öffentlichen Interessen, die unserem Verlangen zugrunde liegen, das fehlende Einverständnis durch einen Beschluß des Bezirksausschusses ersetzt werden müssen.

Die Stadtverordneten stimmten der Magistratsvorlage ohne Debatte zu.

3. Regelung der Gemeindesteuerzuschläge.
(Berichterstatter: Stadtv. Lante.)

Der Magistrat beantragt, abweichend von den Bestimmungen des § 37 des Kommunalabgabengesetzes für das Rechnungsjahr 1919 die Regelung der Gemeindesteuerzuschläge auf Grund des Notgesetzes vom 4. Juni d. J. zu beschließen. Wie der Referent mitteilte, hat die Vorbereitungs-Kommission hierzu einige Abänderungsanträge gestellt. — Stadtv. Kammel beantragt Abstimmung durch Zettel. — Stadtv. Franz beantragt namentliche Abstimmung. — Die Versammlung beschließt namentliche Abstimmung, bei der die Anträge der Vorbereitungskommission mit 25 gegen 16 Stimmen abgelehnt werden. Es bleibt also bei der Vorlage des Magistrats, die damit angenommen ist.

4. Neuwahl von Beisitzern zum Mietseinigungsamt.
Berichterstatter: Stadtv. Richlicki.)

Der Referent schlägt der Versammlung die Wahl der Herren Frisör Kunisch, Fleischermeister Heinrich Welz und der Stadtv. Gotthilf, Maiwald und Bruske vor. Da die Versammlung gegen diesen Vorschlag keinen Widerspruch erhebt, sind die Genannten gewählt.

5. Neuregelung der Gehalts- und Anstellungsverhältnisse der städt. Büro- und Kassenangestellten.
(Berichterstatter: Stadtv. Grüttner.)

Nachdem eine Regelung der Dienstverhältnisse und der Gehälter der Beamten und Beamtenanwärter stattgefunden hat, ist eine gleiche Neuregelung der Besoldungsverhältnisse auch für das übrige auf Privatdienstvertrag angestellte Bureaupersonal erforderlich geworden. Zwischen den großen Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften und anderen Vereinigungen der Arbeitnehmer ist bereits unterm 15. 11. 1918 vereinbart worden, daß die Arbeitsbedingungen für alle Arbeiter und Angestellten durch Kollektivvertrag mit den Berufsvereinigungen der Arbeitnehmer festzusetzen sind. Auch das Reichsarbeitsamt hat unterm 31. 1. 1919 dem Wunsche Ausdruck gegeben, daß die Staats- und Gemeindebehörden den Abschluß von Tarifverträgen fördern mögen. Die tarifliche Festsetzung von Mindestgehältern für die Angestellten hat sich als notwendig erwiesen, nachdem auch in allen Privatbetrieben und bei den meisten Behörden die Arbeitsbedingungen der Angestellten bereits durch Tarifvertrag geregelt sind. Nach Verhandlungen mit dem Bunde der Privatangestellten bei Behörden, dem Verbande der Bureauangestellten Deutschlands, sowie dem Angestelltenausschuß ist unter Hinzuziehung des Beamtenausschusses eine Vereinbarung erzielt worden. Die Gehaltssätze für die Angestellten haben zum Teil eine zeitgemäße Erhöhung erfahren, insbesondere sollen den Angestellten, um den Teuerungsverhältnissen Rechnung zu tragen, Wohnungsgelder und, soweit die Angestellten verheiratet sind, Familienzulagen, die nach der Kinderzahl gestaffelt sind, gewährt werden. Die bisherigen Kosten für die Gehälter der Angestellten betrugen jährlich etwa 140 000 Mk. Nach der Neuregelung betragen die Kosten etwa 205 000 Mk. jährlich. Die Mehrkosten betragen demnach rund 65 000 Mark.

Die Versammlung stimmte debattelos dem Entwurf über die Regelung der Gehalts- und Angestelltenverhältnisse der auf Privatdienstvertrag angestellten Personen zu und bewilligte einstimmig die entstehenden Mehrkosten in Höhe von etwa 65 000 Mark jährlich.

6. Genehmigung des Tarifs über die neuen Gaspreise.
(Berichterstatter: Stadtv. Kellner.)

In der Magistratsvorlage heißt es: „Die Erhöhung der Kohlenpreise ist inzwischen bekannt geworden. Vom 1. 7. 1919 ab tritt eine Steigerung von 7 Mk. je Tonne ein. Dazu kommt die Kohlensteuer, diese Verteuerung mit 20 Prozent, macht 1,40 Mk. je To. Hiernach stellt sich der errechnete Kohlenpreis auf zusammen 62 Mk. ohne Kohlensteuer. Die Kohlensteuer beträgt 12,40 Mk. je Tonne. Auf Grund dieser neuen Preise erscheint es gerechtfertigt, wenn der Gaspreis auf 30 Pfg. je cbm festgesetzt wird."

Die Versammlung stimmte dem neuen Tarif debattelos zu.

7. Errichtung einer 2. Bäckerfachklasse an der gewerblichen Fortbildungsschule.
(Berichterstatter: Stadtverordneter Scharf.)

Infolge Zugangs der Bäckerlehrlinge aus dem neueingemeindeten Ortsteil Altwasser hat sich die Errichtung einer 2. Bäckerfachklasse an der gewerblichen Fortbildungsschule als notwendig erwiesen. Die bisherige Zahl der in der Bäckerfachklasse vereinigten Schüler betrug 30, durch den Zugang von 25 Bäckerlehrlingen aus Altwasser stieg sie auf 55. Da die Schülerzahl einer Klasse dauernd 40 nicht übersteigen darf, muß eine Teilung erfolgen. Die Oberstufe soll 29, die Mittelstufe 23 Schüler erhalten. An Kosten entstehen für 4 wöchentliche Unterrichtsstunden zum Jahresstundensatze von 90 Mk. = 360 Mk., dazu für Klassenbereinigung 10 Mk., zusammen 370 Mk. Hiervon übernimmt der Staat $^2/_3$, die Stadt $^1/_3$.

Die Stadtverordneten stimmten der Errichtung ohne Debatte zu und bewilligten die erforderlichen Mittel.

8. Ernennungen und Stellenbesetzung.
(Berichterstatter: Stadtverordneter Schumann.)

Der Magistrat beantragt die Ernennung der Polizeiwachtmeister Oesterreich und Laube zu Polizei-Oberwachtmeistern. — Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. — Ferner beantragte der Magistrat, eine freie Buchhalterstelle in der städt. Sparkasse durch den Kassenassistenten Paul Heller aus Stolp in Pommern zu besetzen. — Auch damit erklärten sich die Stadtverordneten einverstanden.

9. Festsetzung einer Witwenrente.
(Berichterstatter: Stadtv. Kleinwächter.)

Der Magistrat beantragt, der Festsetzung der Witwenrente für die Witwe des verstorbenen Zeichenlehrers Tschiskale von jährlich 1008 Mk. vom 1. September 1919 ab zustimmen zu wollen. Die Versammlung stimmt dem Antrage debattelos zu.

10. Niederschlagung von Steuerresten.

Der Magistrat beantragt, kleine Steuerreste, die als uneinziehbar nachgewiesen bezw. bei denen Pfändungsversuche fruchtlos ausgefallen sind, niederschlagen zu wollen. — Die Stadtverordneten stimmen dem Antrage ohne Erörterung zu.

11. Bewilligung von Dach-Instandsetzungskosten.
(Berichterstatter: Stadtv. Becker.)

Der Magistrat beantragt, 1100 Mk. für Instandsetzung des Daches des städtischen Hauses Charlottenbrunner Straße 69 (Stadtteil Altwasser) bewilligen zu wollen. — Die Versammlung bewilligt debattelos den Betrag.

12. Bewilligungen für die städtische Badeanstalt.
(Berichterstatter: Stadtv. Becker.)

Im Schwimmbassin der Badeanstalt befinden sich zwei Holztreppen, welche den Zugang zur Galerie vermitteln. Beide Treppen sind im Laufe der Zeit derartig angefault, daß ihre Beseitigung im Interesse der Sicherheit der Badeanstaltsbesucher dringend gefordert werden muß. Es ist nun beabsichtigt, die an der Hinterfront gelegene gänzlich zu beseitigen und an Stelle der vorn rechts befindlichen eine neue Eisenbetontreppe einzubauen. Die Kosten für eine derartige Treppe sind zwar verhältnismäßig hohe, dafür besteht aber andererseits die Gewähr, daß die Haltbarkeit gegenüber Eisen oder Holz von langer Dauer sein wird. Der durch Fortfall der Treppe an der Hinterfront geschaffene freie Raum soll im Erdwie Obergeschoß zur Schaffung von sechs weiteren Zellen benutzt werden. Die Kosten betragen 1300 Mk. Die Versammlung bewilligte die erforderliche Summe.

13. Errichtung eines neuen Gasbehälters.
(Berichterstatter: Stadtv. Ferbers.)

Die fortwährende Steigung der Gasabgabe macht den Umbau eines Behälters notwendig, um die Gasversorgung der Stadt für den kommenden Winter und für die weitere Zukunft zu sichern. Der Magistrat beantragt, 1. dem Beschluß der Betriebsdeputation, dem Einbau eines Scheibengasbehälters von 4000 Kubikmeter Inhalt — erweiterungsfähig auf 7000 Kubikmeter — zu einem Preise von 365 000 Mk. und 2. dessen Aufstellung auf dem Platze des kleineren 750 Kubikmeter fassenden Behälters zuzustimmen. Die erforderlichen Mittel sollen in Höhe von 59 000 Mark aus der Rücklage, in Höhe von 306 000 Mk. aus Anleihen gedeckt werden.

Stadtv. Petrick äußert Bedenken hinsichtlich der Grubenunsicherheit des Geländes. — Stadtv. Ferbers erwidert, daß infolge der Konstruktion des neuen Behälters etwaige Bodensenkungen einflußlos bleiben würden. — Gasinspektor Rohde schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und erläutert noch verschiedene technische Einzelheiten des Projektes. — Die Versammlung stimmte darauf der Magistratsvorlage einstimmig zu.

Damit war die Tagesordnung erledigt. — Stadtv. Grüttner richtete noch die kleine Anfrage an den Magistrat, ob er bereit sei, bei etwaigen Angeboten den Verkauf von billigen Kleidungsstücken, Schuhzeug und Lebensmitteln an die Bevölkerung zu übernehmen bezw. zu vermitteln. — Zweiter Bürgermeister Dr. Wießner erwidert, daß bis jetzt derartige Angebote noch nicht an den Magistrat herangetreten seien. Sollte es dazu kommen, so werde der Magistrat selbstverständlich im Interesse der Bevölkerung zugreifen. Die Stadt werde jedoch nicht etwa

selbst Handel treiben, sondern in diesem Falle sachverständige Kaufleute mit dem Verkauf bezw. der Verteilung beauftragen. — Stadtv. Gotthilf tritt dafür ein, daß endlich aus den Heeresbeständen Kleidungsstücke für die Bevölkerung herausgegeben werden. Es würden sich sicher Kaufleute für den Verkauf solcher Kleidungsstücke ohne Gewinn bereitfinden. — Stadtv. Seeliger ist dafür, daß nicht die Stadt selbst Kleidungsstücke usw. verkauft, sondern damit diejenigen Geschäftsleute betraut, die sich der Mühe unterziehen wollen. — Stadtv. Kammel tritt für die Unterstützung des freien Handels und die Beseitigung der Kriegsgesellschaften ein. Er regt an, bei größeren Einkäufen von Kleidungsstücken und Lebensmitteln die hiesigen Kaufleute durch Kredit bei der städtischen Girokasse zu unterstützen. — Im Anschluß an diese Debatte beschloß die Versammlung noch auf eine Beschwerde des Stadtv. Tholl, den Magistrat zu ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß die Feuerlöschordnung dahin abgeändert wird, daß die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung von jeder Feuerlöscharbeit entbunden sind.

An die öffentliche Versammlung schloß sich gegen 9 Uhr abends eine geheime Sitzung.

Warum der Belagerungszustand notwendig ist.

Zu den mehrfach gehörten und gelesenen Worten: „Wozu der Belagerungszustand? Es ist doch alles ruhig!" erhalten wir folgende Zuschrift:

„Wer in der Zeit der Unruhen die Ohren offen hatte, konnte in den ersten Tagen des Eisenbahnerstreiks allerorts und von Leuten aller Stände die Bemerkung hören: „Warum wird nicht der Belagerungszustand verhängt?", und als derselbe verkündet war, hieß es:

„Endlich, warum nicht früher?"

Was geht hieraus hervor? Daß die Mehrzahl der Bevölkerung, und hierzu gehört auch ein großer Teil der zum Streik gezwungenen Arbeiter, den Wunsch hatte, sich wieder in ruhigen und gesicherten Verhältnissen zu befinden.

Die Verhängung des Belagerungszustandes ist also nichts anderes als ein Mittel, um die Ruhe und Ordnung zu sichern, und dieser Zweck wurde erreicht. Also, wenn der Zweck erreicht ist, so behaupten einige: „Warum nicht wieder fort mit dem Belagerungszustande?" Auch hierauf ist die Antwort eine einfache, nämlich: „Um der Gefahr erneuter Unruhen zu begegnen, um der Bevölkerung Störungen im Wirtschaftsleben, die sich noch Wochen lang fühlbar machen, wenigstens für die nächste Zukunft zu ersparen."

Die „Freie Meinung" sagte in ihrer Nr. vom 5. 7.: „Der Belagerungszustand ist den Spartakisten zuvorgekommen, und wenn das Blut der Arbeiter nicht in Strömen geflossen ist, so bedeutet dies wohl das Leid der Kommunisten, ist aber Herrn Hörsing zu danken."

Solange die große Gefahr weiter besteht, daß „Spartakus" und „Kommunismus" in den Regierungsbezirken Breslau und Oppeln die Arbeiter aufhetzen und terrorisieren, so lange müssen für die öffentliche Sicherheit und Ruhe außerordentliche Maßnahmen getroffen werden, d. h. der Belagerungszustand bestehen bleiben. Aus eben diesen Gründen beschränken sich aber auch die Anordnungen auf Maßnahmen für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung. Politische Versammlungen in bedeckten Räumen sind demzufolge auch gestattet. Die Zusage politischer freier Meinungsäußerung ist jedoch kein Blankowechsel für gemeingefährliche Betätigung in Wort und Schrift. Alles in allem sollte der so durchgeführte „Belagerungszustand" deshalb nur für diejenigen ein Aergernis sein, die Unruhe benötigen, um im Trüben fischen zu können."

---

* **Schnellzugbenutzung durch Monatskarteninhaber.** Im Eisenbahndirektionsbezirk Breslau sind sämtliche Schnellzüge den Monatskarteninhabern zur Benutzung freigegeben worden. Auf Entfernungen bis zu 75 Kilometern einschließlich ist der Unterschied zwischen dem tarifmäßigen Mindest-Schnellzugfahrpreis (erster Klasse 17 Mk., zweiter Klasse 10 Mk., dritter Klasse 5 Mk.) und dem Personenzugfahrpreis zu entrichten, während auf den größeren Entfernungen der tarifmäßige Schnellzugzuschlag für die zweite oder dritte Schnellzugzone (2—6 Mark) zu zahlen ist. Die Ergänzungskarten sind an den Schaltern zu lösen.

* **Drohende Einschränkung des Eisenbahnpersonenverkehrs.** Einzelne Eisenbahndirektionen haben, wie verlautet, dem Eisenbahnministerium angezeigt, daß sie nur noch für etwa fünf Tage Kohle besitzen. Angesichts dieser Lage muß damit gerechnet werden, daß der in der letzten Zeit aus Anlaß der Reisezeit und der Badereisen vermehrte Personenverkehr auf den Eisenbahnen wieder eingeschränkt wird. Erschwert wird die Lage durch die fortdauernde Möglichkeit von Streiks in den Eisenbahnwerkstätten. Durch solche Streiks wird die Möglichkeit der Herbeischaffung von Kohlen natürlich immer wieder verringert.

* **Erfassung des Herbstobstes zur Marmeladebeschaffung.** Die Fettversorgung Deutschlands wird auch im nächsten Jahre noch unzureichend sein. Auch im Jahre 1920 ist daher mit einem starken Bedarf an zuckerhaltigen Brotaufstrichmitteln zu rechnen. Die für die großstädtischen und sonstigen dichtbevölkerten Bezirke Deutschlands erforderliche Marmelade muß deshalb sichergestellt werden. Um das zu erreichen, hat sich der Reichsernährungsminister entschließen müssen, einen Teil der Herbstobsternte zu erfassen, der der Marmeladenindustrie zufließen soll. Die Reichsstelle für Gemüse und Obst wird, wie sie uns mitteilt, sich bei der Erfassung der benötigten Obstmengen in weitestem Maße die Mitwirkung des Handels sichern. Sie glaubt auch, von allgemeinen Absatzbeschränkungen und sonstigen Zwangsmitteln im großen und ganzen Abstand nehmen zu können. Ist somit für die Herbstobsternte eine Teilbewirtschaftung nunmehr beschlossen, so steht, wie wir erfahren, hinsichtlich der Herbstgemüsebehandlung die Entscheidung bis jetzt noch aus.

* **Bedarfsscheinpflicht für Schuhwaren.** Die von der Reichsbekleidungsstelle beabsichtigte Aufhebung der Bezugsscheine bezieht sich nur auf Web- und Strickwaren. Die Verhältnisse auf dem Schuhmarkt gestatten die Aufhebung der Bedarfsscheinpflicht noch nicht, da hierdurch die Versorgung, insbesondere der mindrbemittelten Bevölkerung, mit preiswertem Straßenschuhwerk gefährdet würde. Zudem ist die vielfach verbreitete Ansicht, daß nach Aufhebung der Blockade auch die Schuhwarenpreise sinken würden, irrig. Die Einfuhr aus dem Auslande wird zwar in absehbarer Zeit die Schuhnot lindern; bei den hohen Auslandspreisen und dem ungünstigen Kursstand der deutschen Mark kann jedoch das aus ausländischem Leder in Deutschland hergestellte, ebenso wie das aus dem Ausland eingeführte Schuhwerk nur zu erheblich gesteigerten Preisen im Inland verkauft werden.

* **Im August gibt es Schokolade.** Wie aus fachmännischen Kreisen berichtet wird, hat die deutsche Schokoladenindustrie bereits alle Maßnahmen zur Wiederingangsetzung ihrer Betriebe in Angriff genommen, sodaß die ersten deutschen Fabrikate bereits Anfang nächsten Monats auf dem Markt erscheinen dürften. Kakao ist in ausreichendem Maße vorhanden, dagegen liegt in der Zuckerknappheit eine große Schwierigkeit für die Schokoladen-Industrie, da Schokolade bekanntlich zu einem großen Teile Zucker enthält. Die Schokoladen-Industrie hofft jedoch auch über diese Schwierigkeit hinwegzukommen und Fabrikate herstellen zu können, die dem bisherigen guten Ruf der deutschen Schokoladen-Industrie entsprechen. Je nach Qualität wird für deutsche Schokolade mit einem Preise von etwa 10 bis 15 Mk. pro Pfund zu rechnen sein.

Aus der Provinz.

Breslau. Ein zweijähriges Kind erschossen. In einer Familie im Hause Wielandstraße 8 ereignete sich infolge unvorsichtiger Hantierung mit einer Schußwaffe ein entsetzliches Unglück. Ein dort auf Urlaub weilender Soldat machte sich am Familientische mit seiner Armeepistole zu schaffen. Plötzlich krachte ein Schuß und ein zweijähriges Kind, welches die am Tische sitzende Großmutter auf dem Schoß hatte, wurde in die Brust getroffen. Es war sofort tot.

© **Zirlau. Einquartierung hat unser Ort bekommen.** Das Feldartillerie-Regiment Nr. 6, welches bisher im Grenzschutz-Ost tätig war, ist von Zduny nach Zirlau abtransportiert worden. Der hiesige Aufenthalt soll indessen nur solange dauern, bis das Regiment in die Reichswehr überführt worden ist. Höchstwahrscheinlich wird es dann wieder seinen alten Garnisonort Breslau beziehen.

Neurode. Demonstration mit anschließender Geschäftsplünderung. Die Demonstration gegen den Gewaltfrieden und für Völkerverbrüderung nahm hier einen sehr stürmischen Verlauf. Nach Schluß der Versammlung zogen große Massen in die nächstgelegenen Geschäfte und forderten zunächst Zigarren zu annehmbaren Preisen, was auch von den Inhabern gewährt wurde. Durch das andauernde Nachdrängen der Menschenmenge war jedoch jede Aufsicht in den Geschäften unmöglich geworden und es wurde dann nicht nur gekauft, sondern auch gestohlen. Bedauerlich ist es, daß auch die Lebensmittel in dem einen Geschäft unnötig vernichtet und unbrauchbar gemacht wurden. Die Täter waren durchweg junge Leute von 15—17 Jahren, aus den umliegenden Orten.

Görlitz. Wegen sittlicher Verfehlungen hatte sich vor der hiesigen Strafkammer der 43jährige Polizeiwachtmeister Karl Drechsler von hier zu verantworten. Als Belastungszeugen traten auf drei etwa 13jährige Schulmädchen und ein jetzt 15jähriges Dienstmädchen. Auch an seiner eigenen minderjährigen Stieftochter hatte sich der Angeklagte seit Jahren unsittlich vergangen. Seit 26 Jahren befindet sich der noch unbestrafte Angeklagte, der als Vizefeldwebel den Krieg mitgemacht hat, im Polizeidienst; dienstlich hat er sich nie etwas zuschulden kommen lassen. Vom Gefängnisarzt wird er als sexuell abnorm und krankhaft veranlagt begutachtet. Deshalb nahm das Gericht mildernde Umstände an und verurteilte den Angeklagten wegen fortgesetzter Vornahme unzüchtiger Handlungen an Kindern unter 14 Jahren zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis, bei Anrechnung von 1 Monat Untersuchungshaft.

Ratibor. Heute wollen wir ein Brautpaar abknallen! Welcher Verrohung Menschensinn fähig ist, zeigt in erschreckender Deutlichkeit ein Verbrechen, das hier an der Oderpromenade verübt worden ist. Die Schwester des Lederhändlers Bös, ein 22jähriges Mädchen, und ihr Bräutigam befanden sich auf dem Heimwege, als sich ihnen drei Männer drohend entgegenstellten. Der eine rief: „Heute wollen wir ein Liebespaar abknallen!" und ließ den Worten sofort die Tat folgen, indem er mehrere Schüsse abgab, von denen einer das Mädchen in die Brust traf und tödlich verletzte. Die Täter flüchteten. Auf ihre Ermittlung hat der Bruder des Fräulein Bös eine Belohnung von 500 Mk. ausgesetzt. Die Verletzung hat sich als so schwer erwiesen, daß wenig Aussicht auf Erhaltung des Lebens der Verletzten besteht.

Beuthen OS. Unfähiger Schlachthofdirektor. Aufsehen erregende Enthüllungen brachte in der letzten Stadtverordnetensitzung der Bericht der Revisionskommission über die Vorkommnisse im dortigen Schlachthofe. Es wurde behauptet, daß der Schlachthofdirektor höchst unvollkommene Kontrolle über den Schlachthof und seine Betriebe geübt habe, so daß in der Räucherhalle 40 Zentner Speck im Werte von 12 000 Mk. verbrannten. Ferner soll beim Pökeln des Fleisches nicht mit der erforderlichen Umsicht verfahren sein, so daß viel zugrunde ging. Nicht minder unzureichend soll die Kontrolle beim Schlachten, sowie bei der Untersuchung des Viehes gewesen sein, noch mehr bemängelt wird aber die Kassenführung in der Freibank beim Fleischhandel. Der Verlust beim Verkauf von Dauerwaren wurde auf 67 000 Mk. beziffert. Die Lieferung schlechter Wurst und unappetitlichen Fleisches wird ebenfalls auf die mangelhafte Kontrolle zurückgeführt. Man macht dem Direktor ferner zum Vorwurf, daß verschiedene Personen Fleisch und Speck erhielten, die er begünstigte. Der Gesamtschaden, den die Stadt erleidet, wurde auf etwa 110 000 Mk. beziffert. Die Versammlung beschloß, die Entfernung des Direktors aus dem Amte zu verlangen, sowie die Einleitung des Disziplinarverfahrens gegen denselben.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Sinfoniekonzert der Fürstlich Plessischen Kurkapelle in Salzbrunn.

Der Sinn für tiefe Musik scheint nun wieder allgemeiner zu werden. Das beweist die besonders rege Anteilnahme des Salzbrunner Badepublikums an jenen Promenadenkonzerten, die über das Niveau der prickelnden Unterhaltungsmusik hinausgehen, das zeigt vor allem der gute Besuch der sich etwa vierzehntägig wiederholenden Sinfoniekonzerte der Kurkapelle.

Musikdirektor Max Kaden brachte auch am 23. d. Mts. ein auserlesenes Programm.

W. A. Mozart's „Es-dur-Sinfonie" gehört zu den drei berühmtesten seiner 49 Sinfonien. Obgleich man sie als Schwanengesang des Komponisten bezeichnet, mutet sie gar nicht als ein solcher an, so heiter und lebensfroh ist ihr Klingen. Der sorglose, wie im kindlichen Reigen durchs Dasein schreitende Mozart offenbart sich aus jedem Takt und läßt das durch die Beethoven'sche und die moderne Sinfonie mehr auf des Lebens und der Welt Ernst und Tiefe gestimmte Ohr vergebens auf Herrlichkeiten warten. Wer zu Mozart geht, muß damit rechnen, und fürwahr, seine blühende Melodik ist das beste Mittel, uns in den Tagen deutscher Sorge für eine Stunde in die Gefilde des Frohsinns zu erheben. Das Orchester war in mozartmäßiger Musikerzahl zusammengesetzt, wenn man auch bei der mangelhaften Akustik des Konzertsaales den Eindruck hatte, als ob die Holzbläser zu schwach seien. Musikdirektor Kaden gab der Wiedergabe des Werkes durch temperamentvolle Rhythmik und durch feinsinnige Dynamik eine besondere Note. Das Orchester folgte ihm im allgemeinen präzis und klangschön. Als besonders gelungen möchte ich in Auffassung und Wiedergabe den 3. und 4. Satz der Sinfonie bezeichnen. Ohne Makel, auch im beginnenden Hornansatz, war die an den Schluß des Konzertes gesetzte „Oberon"-Ouvertüre.

An 2. Stelle des Programms stand eine musikalische Seltenheit: das erste Klavierkonzert (C-dur) von Beethoven. Gemeinhin kümmern sich unsere Pianisten beiderlei Geschlechts um dieses Konzert wenig oder gar nicht. Das C-moll-Konzert findet allenfalls Gnade vor ihren Augen, vornehmlich aber halten sie sich an das G-dur- und an das Es-dur-Konzert, deren wunderbarer musikalischer Glanz auch durch eine mittelmäßige Wiedergabe kaum zu trüben ist. Das von allem Gigantischen noch weit entfernte, in fast naiver Spielfreudigkeit sich ergehende C-dur-Konzert meidet man unter dem oberflächlichen Vorwand, es sei noch kein echter Beethoven und schon etwas „veraltet". In Wahrheit liegt die Sache so, daß dieses Beethoven-Konzert, wie die Klavierkonzerte von Mozart, für das kleine und mittlere Künstlertum äußerst gefährliche Stücke sind: es weiß nichts mit ihnen anzufangen. Viel künstlerisches Vermögen gehört dazu, diesen Werken gerecht zu werden, ihren intimen Schönheiten das rechte Licht zu geben. Dieses Vermögen besitzt, wie wir am Mittwoch abend festzustellen die Freude hatten, Frau Margarete Foerster-Mundry, unsere heimische Pianistin, in vollstem Maße. Auch Chopin's sehr selten gehörtes „Nocturne XVII" und Liszt's „Ungarische Rapsodie Nr. XII" zeigten das absolut zuverlässige Können der Künstlerin und was mehr ist, ein Spiel, das aus ehrem Herzen kommt, das viel zu sagen hat, aus einer Seele, die das Musizieren selbst froh beglückt.

K.

Eingesandt.

Für Einsendungen unter dieser Rubrik übernimmt die Redaktion nur die preßgesetzliche Verantwortung.

Gesinnungsgenossen!

Um jedem falschen Gerücht entgegenzutreten, möchte Unterzeichneter betonen, daß jede politische Meinung in einem Bürgerbund oder -Vereinigung geachtet wird. Es ist ausgeschlossen, daß eine reaktionäre Bewegung aus dieser Bürgerbewegung gemacht werde. Als alter Anhänger Theodor Barth's, dieses prächtigen Demokraten, würde ich nicht eine Minute für reaktionäre Umtriebe zu haben sein. Offen ausgesprochen: Es ist Zeit, daß das Bürgertum erwacht und seine vom demokratischen Standpunkt zugesprochenen Rechte wahrt und festhält, sich nicht an die Wand drücken läßt. —

Viele von meinen Gesinnungsgenossen werden nach meinem heutigen Vortrag ein ganz anderes Bild erhalten von einer Bürgervereinigung, als selbige jetzt haben. In Berlin-Friedenau habe ich den dort blühenden demokratischen Verein, sowie die dortige Bürgervereinigung selbst ins Leben gerufen, und beide blühen zum Segen der Bürger. In vielen Städten gehören angesehene Demokraten, wie Stadtrat Dr. Grund in Breslau, zum Bürgerrat. Also kommt und urteilt.

Johannes Lüders, Stadtverordneter.

besonders Begehrenswertes gilt. Ein Zimmer ohne Teppich und Tapete ist wie ein Gehäuse ohne Uhr; es fehlt die Seele. Etwas Lauschiges, Trautes, Heimliches aber verbreitet ein Raum, den schöne Teppiche am Fußboden und an den Wänden schmücken, in dem die Stimme gedämpfter klingt und das Auge wohlgefällig über buntgewirkte, farbensatte Muster gleitet. Der Teppich bringt poetische Stimmung in das Gesamtbild; er täuscht uns vor, daß wir auch in unserem Heim auf dem weichen, üppigen Boden der Natur wandeln, mitten zwischen Blättern und Blüten.

Die Teppiche des Orients zerfallen in zwei große Klassen der Technik nach: in die Wirkteppiche und in die geknüpften Teppiche. Die Wirkteppiche werden hergestellt, indem der Wirker in die von oben nach unten parallel verlaufenden Kettenfäden mit der Nadel oder dem Schiffchen einen farbigen, der Zeichnung der Vorlage folgenden Schluß einflicht. Bei den Knüpfteppichen umknüpft die Arbeiterin je zwei Kettenfäden durch einen bunten Knüpffaden, dessen beide Zipfel nach vorn heraushängen. Diese Operation wird die ganze Reihe der Kettenfäden hindurch vorgenommen, so daß eine Reihe von solchen Knüpfknoten mit den Büschseln nach vorn nebeneinander liegen. Dann wird ein Schlußfaden hindurchgegeben, alles festgeklopft, die Büschel der Knüpfknoten glatt geschnitten und endlich eine neue Reihe von Knüpfknoten in Angriff genommen, bis endlich das ganze Vlies des Teppichs in langsamer Arbeit beendet ist.

Die Herstellung der Orientteppiche setzt, um eine so hervorragende Qualität zu erreichen, Bedingungen voraus, wie sie nur in diesen Ländern erfüllt sind. Die erste Hauptsache ist natürlich die Wolle, die von ausgezeichneter Beschaffenheit sein muß, und zwar von einer bestimmten Beschaffenheit, wie sie sich nur bei Schafen des Orients finden läßt, die unter besonderen Bedingungen und in einer besonderen Umgebung leben. Die Bedeutung der Wolle ist so groß, daß die Art der Herstellung des Teppichs von ihr abhängig ist, und daß Kenner den Ursprungsort des Teppichs aus der Qualität der Wolle bestimmen können, die stark und steif sein muß, ohne grob zu sein. Für die allerbesten Qualitäten von Teppichen wählt man sogar noch besonders die Wolle von ganz bestimmten Partien des Körpers; z. B. ist die Wolle unter dem Halse die feinste. In gewissen Jahren, wo die klimatischen Verhältnisse das Gedeihen der Schafe nicht begünstigen, so daß die Wolle wenig ausgiebig ist, versucht man sie durch ausländische, vor allem australische Ware zu ersetzen; aber die Qualität der Ware leidet darunter.

Die modernen Wirkteppiche werden in Fabriken angefertigt, wo man Webstühle benützt, während die Knüpfteppiche in ganz primitiver Weise in den Familien hergestellt werden. Hier sind es von jeher die Frauen gewesen, denen diese Arbeit zufiel. Die Söhne einer Familie bringen ihre jungen Frauen nach der Hochzeit ins Vaterhaus, wo unter Aufsicht der gestrengen Schwiegermutter eine förmliche Fabrik eingerichtet wird, in der alle Kinder sich mit an der Arbeit beteiligen. Zwei aufrechte Holzpfähle, oben durch einen verschiebbaren Querstab verbunden, stellen den Rahmen dar, auf dem die Grundfäden aufgezogen werden. Flinke Hände knüpfen die Knoten ein; die Kinder übernehmen einfarbige Flächen, die Erwachsenen das Muster, das sich von Generation zu Generation forterbt und den Arbeitern zumeist so geläufig ist, daß sie es ganz ohne Vorlage hinzaubern.

Es ist nicht leicht, die Teppiche nach ihren Namen zu klassifizieren. Man wird diese Aufgabe immer den Spezialisten überlassen müssen, da die Unterschiede zwischen den einzelnen Orten oft sehr gering sind und man an manchen Orten die Teppiche anderer Regionen nachahmt. Wohl kann man die Teppiche aus Smyrna und Anatolien unterscheiden, die sich durch ihr lockeres Gewebe und ihre dicke, lange Wolle auszeichnen, die Perser Teppiche, deren Knoten und Wolle viel feiner sind, endlich die aus Turkestan, die auch sehr fein sind und ihr charakteristisches Merkmal in der roten Grundfarbe haben. Aber es gibt auch da nichts Absolutes, da man jetzt auch in Smyrna sehr schöne, fein geknüpfte Teppiche anfertigt, die den Persern täuschend ähneln.

Es mag manchem Leser neu sein, daß man mit Hilfe der Zeichnung zumeist feststellen kann, ob ein Teppich türkischen oder persischen Ursprungs ist, immer vorausgesetzt, daß nicht eine Nachahmung vorliegt. Den Türken als konservativen Mohammedanern (Sunniten) ist es verwehrt, Abbildungen lebender Wesen herzustellen. Sie glauben, Gott werde von jedem, der das tut, am jüngsten Tage fordern, daß er diesen Gebilden eine Seele einhauche. Deshalb bestehen die Zeichnungen auf türkischen Teppichen in der Regel aus geometrischen Figuren und Ornamenten. Auch Blumenmuster finden Anwendung. Dagegen hat es den liberalen Persern (Schiiten) offenbar stets große Freude gemacht, ihre Teppichmuster auch mit den wunderlichsten Körperformen von Menschen und Tieren zu beleben. Da erblickt man wilde Vierfüßler mit langen steifen Beinen und einem baumartigen Schwanz, daneben Vögel mit Pferdeköpfen. Und zwischen diesen Bestien treibt sich allerlei Narrenvolk herum, meist hanswurstähnliche Kerle mit gespreizten Armen und Beinen, die vor Angst nur so zu zappeln scheinen.

Welcher Art der orientalische Teppich aber auch sei, immer bewundert man an ihm die Harmonie der Farben, die Einheitlichkeit in den Formen der verschiedensten Figuren, die Feinheit der Motive. Das Auge kann die ganze Komposition genießen, ohne durch Details aufgehalten zu werden, und etwas von der Poesie, die die Orientalen lieben, liegt immer in dem Gebilde eines Teppichs verborgen.

Vermischte Nachrichten.

Neue Doktorwürden.

Zwei deutsche Hochschulen haben eine neue Doktorwürde eingeführt: die medizinische Fakultät der Universität Heidelberg den Doktor der Zahnheilkunde (Dr. chir. dent.); die Landwirtschaftliche Hochschule zu Berlin den Doktor der Landwirtschaft. Die Zulassung zur Doktorprüfung der Zahnheilkunde erfolgt in der Regel erst, wenn der Bewerber die deutsche zahnärztliche Prüfung nach der geltenden Prüfungordnung bestanden hat. Die Zulassung zur Promotion des Doktors der Landwirtschaft setzt ein mindestens vierjähriges Studium der Landwirtschaft voraus, von dem wenigstens drei Semester an der Landwirtschaftlichen Hochschule zu Berlin erledigt sein müssen. Bei Landwirten und Geodäten (Kulturtechnikern) kann ein Studienjahr durch eine dreijährige Praxis ersetzt werden.

Teure Theaterplätze in Berlin.

Eine beträchtliche Erhöhung der Eintrittspreise in den Staatstheatern soll mit Beginn der neuen Spielzeit durchgeführt werden. Im Opernhaus wird der billigste Platz (4. Rang, Stehplatz) 3 Mk., der teuerste (Große Fremdenloge, ehemalige Kaiserloge) 31 Mk. kosten. Dann stufen sich die Preise ab: 26, 21, 19, 18, 17 (Parkett), 13, 9 und 5 Mk. Im Schauspielhaus wird der billigste Platz (Galeriesitz) auf 2 Mk. festgesetzt, der teuerste (Große Loge, Mitte) auf 20 Mk. Dazwischen gibt es Plätze für 15, 12, 11, 9, 7, 4 und 3 Mk. Die Abonnements sind durchweg auf etwa 50 v. H. im Durchschnitt erhöht worden. Mit dieser Reform werden die beiden Staatstheater zu den Bühnen gehören, die nur dem sehr vermögenden Teil der Bevölkerung zugänglich sein können.

Gebirgs-Blüten.

Unterhaltungs-Beiblatt zur „Waldenburger Zeitung".

Nr. 171. Waldenburg, den 25. Juli 1919. Bd. XXXXVI.

Der Australier.

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

Nachdruck verboten.

(32. Fortsetzung.)

„Ja, er ist ein edler Mensch. Und nun bin ich froh, da ich weiß, daß Du ihm ehrlich alles gesagt hast. Wie konnte ich auch nur glauben, daß Du unehrlich handeln würdest, Du meine stolze, wahrhafte Schwester. Wie schade ist es doch, daß Du ihn nicht lieben kannst, wie er es verdient! Aber der liebe Gott wird Dein Herz zu ihm lenken, er wird es fügen, daß ihr glücklich mit einander werdet. Ihr seid wie füreinander geschaffen."

Lächelnd streichelte Dagmar ihre Wange. „Ralf war so rührend in seiner Freude, sie beschämte mich. Ich komme ja mit leeren Händen zu ihm."

Die letzten Worte rangen sich zagend von Dagmars Lippen. Lotte umfaßte die Schwester in heißer Sorge.

„Dagmar — liebe Dagmar!"

Da zwang diese alles in sich nieder, was sich wieder in ihrem Herzen gegen diese Verbindung sträuben wollte.

„Sieh nicht so ängstlich aus, kleine Lotte. Es ist alles in schönster Ordnung. Ich bin nicht unglücklich — im Gegenteil, ich freue mich, daß ich Ralf glücklich machen kann. Und soweit es in meiner Macht liegt, will ich es tun. Ralfs Mutter hat uns auch schon ihren Segen gegeben, auch sie weiß meine Sorgen und Bedenken und fand es doch gut und richtig, daß ich ihrem Sohne mein Jawort gab. Was ist sie für eine liebe, gütige, selbstlose Mutter!"

Fest umschlang Lotte die Schwester.

„Ja, Dagmar — wer so eine Mutter hat, muß gut und edel sein."

Dagmar ahnte, was in Lotte vorging. Sie küßte sie herzlich. „Alle Menschen können nicht gleich sein, Lotte, und eine Mutter ist nicht wie die andere. Grüble nicht darüber nach. Du hast ja mich, wie ich Dich habe."

Lotte zwang die Tränen nieder und nickte. „Wenn Du nicht wärst, Dagmar, ich glaube, dann wäre ich ein ganz gräßlicher Mensch geworden."

„Du bist aber gottlob ein sehr liebenswerter Mensch, meine Lotte. Und nun laß uns zu Mama gehen. Ich fürchte mich davor, wie sie die Botschaft aufnehmen wird."

Lotte nickte. „Ich weiß — weil sie davon gesprochen hat, daß Du eine gute Partie machen sollst, und weil sie Dir nun sagen wird, daß Du sehr vernünftig gehandelt hast."

„Wie Du mich verstehst, Lotte! Das ist es, davor fürchte ich mich."

„Ich helfe Dir, soviel ich kann, Dagmar. Aber nun laß mich Dir erst einmal so recht von Herzen Glück wünschen, meine liebe, goldne Schwester. Wenn ich nur wüßte, daß Du mit froher Zuversicht in die Zukunft schautest, dann könnte ich mich herzlich freuen, daß Ralf Jansen mein Schwager wird."

Die Schwestern küßten sich herzlich und gingen dann, innig umschlungen, zur Mutter.

Frau Ellen blickte etwas zerstreut von ihren Modeblättern auf, als ihre Töchter eintraten.

„Hast Du einige Minuten Zeit für mich, Mama?" fragte die Komtesse.

Frau Ellen schob die Modeblätter von sich. „Zeit genug, Dagmar. Ich glaube, das ist jetzt das einzige, an dem ich keinen Mangel leiden werde. Willst Du etwas Besonderes von mir?"

„Ich habe Dir eine Mitteilung zu machen, die Dich sehr interessieren wird."

Frau Ellen stützte den Kopf in die Hand. „Hoffentlich ist es nichts Unangenehmes."

„Nein, Mama, im Gegenteil, es wird Dich freuen."

„Dann nur schnell heraus damit. Ich kann eine angenehme Nachricht sehr wohl brauchen nach all dem Aerger und Herzeleid. Also sprich."

Dagmar atmete tief auf. „Ralf Jansen wird heute nachmittag zu Dir kommen und Dich um Deine Einwilligung zu unserer Verlobung bitten. Ich habe ihm soeben mein Jawort gegeben."

Frau Ellen sprang auf und fiel ihrer Tochter um den Hals. „Mein liebes, gutes Kind, wie sehr freue ich mich über diese Nachricht. Ich hatte nicht zu hoffen gewagt, daß Du so vernünftig sein würdest, meinen Ratschlag so schnell zu befolgen."

Es zuckte nervös in Dagmars Gesicht.

„So mußt Du das nicht auffassen, Mama. Ich habe Ralf mein Jawort gegeben, weil ich ihn sehr hoch schätze und ihm zugetan bin, nicht weil es eine sogenannte gute Partie ist. Ich bitte Dich dringend, meine Verlobung nicht in diesem Sinne aufzufassen. Ich denke, Ralf ist es wert, um seiner selbst willen gewählt zu werden."

Lotte machte der Mutter hinter Dagmars Rücken ein Zeichen, vorsichtig zu sein. Da lenkte Frau Ellen sofort ein.

„Aber Kind, wem sagst Du das! Ich hege eine große Sympathie für diesen ausgezeichneten jungen Mann. Selbstverständlich ist er mir als Schwiegersohn herzlich willkommen. Und Dir, mein Kind, wünsche ich von Herzen Glück! Das ist wirklich einmal wieder eine Freudenbotschaft. Ich fürchtete schon, der Himmel habe uns ganz und gar verlassen."

Frau Ellen wischte sich mit dem Taschentuch einige schnell zur Verfügung stehende Tränen fort und umarmte ihre Tochter. Sie wollte nun die kleinsten Einzelheiten hören. Aber Dagmar berichtete ihr nur alle Aeußerlichkeiten. Sich der Mutter mit allem, was sie bewegte, anzuvertrauen, wäre ihr unmöglich gewesen.

Für Frau Ellen hing nun der Himmel gleich wieder voller Geigen. Sie war freudig erregt, baute Luftschlösser, die nun allerdings festeren Grund hatten, und setzte sich dann wieder mit neuen Toilettenplänen zu ihren Zeitungen. Als am Nachmittag Ralf Jansen kam, fand er freudige Aufnahme.

Lotte machte entschlossen der steifen Feierlichkeit ein Ende. Sie fiel ohne Umschweife ihrem Schwager um den Hals, küßte ihn herzlich und sagte zwischen Lachen und Weinen schwankend: „So, nun bist Du mein lieber Bruder, Ralf. Große Zeremonien lieben wir doch beide nicht, dabei kommt immer das Herz zu kurz. Ich wünsche Dir von Herzen Glück! Du bekommst eine liebe, goldige Frau, und Dagmar bekommt einen Mann, wie sie besser keinen finden kann. Werdet recht, recht glücklich miteinander."

Ralf sah sie lächelnd an und blickte zu Dagmar hinüber.

„Wir werden uns beide Mühe geben, Deinen Wunsch zu erfüllen, liebes, kleines Schwesterchen Lotte. Nicht wahr, Dagmar?"

Sie nickte ihm lieb und freundlich zu. „Ich denke, wir werden es auch, ohne uns große Mühe geben zu müssen", sagte sie scheinbar froh und heiter.

Da trat er rasch zu ihr und küßte ihre Hand.

„Hab Dank für dies Wort, liebe, teure Dagmar."

Und nun geschah alles, was zu einer regelrechten Verlobung zu gehören pflegt.

* * *

Es gab ein großes Staunen in der Gesellschaft, als in den nächsten Tagen die Verlobungsanzeigen von Komteß Dagmar Riedberg und Ralf Jansen verschickt wurden. Frau Ellen hatte selbst für eine sofortige Veröffentlichung gestimmt, ohne Rücksicht auf die Trauer.

Die Verlobung hatte viel Staub aufgewirbelt. Die meisten Herrschaften waren sehr zufrieden, daß sie nun den „Australier" persönlich kennen lernen würden, denn durch seine Verbindung mit der Komtesse Riedberg, die außerdem sehr beliebt war, trat er nun in nahe Beziehungen zu der Gesellschaft.

Einen Menschen gab es aber jedenfalls, der unangenehm durch diese Verlobung überrascht wurde, und dieser eine war Baron Heinz Korff. Er hatte, der Form halber, ebenfalls eine Verlobungsanzeige des jungen Paares erhalten und sah mit einem seltsamen Gefühl, aus Schmerz, Neid und Eifersucht gemischt, darauf nieder.

In dem Augenblick, da er erfuhr, daß Dagmar die Braut eines anderen war, loderte plötzlich die Leidenschaft für sie in seinem Herzen hoch empor.

„Wenn ich sein Geld gehabt hätte, niemand als Dagmar hätte meine Frau werden dürfen, denn ich liebe sie — trotzdem ich sie aufgegeben habe. Und sie kann ihre Liebe zu mir auch noch nicht aus ihrem Herzen gerissen haben, das ist ausgeschlossen. Sie hat die Bewerbung des „Australiers" nur angenommen, um versorgt zu sein", dachte er.

Nie war ihm seine Braut reizloser erschienen als in diesen Tagen. Wenn er sich bisher mit einigem Erfolg in eine gewisse äußerliche Verliebtheit für sie hineingesteigert hatte, so fiel dieses unwahre Gefühlchen jetzt in nichts zusammen, und der Rest war ein jämmerliches Empfinden, das kaum zuließ, sich den Schein eines glücklichen Bräutigams zu geben.

War bisher allein Dagmar der leidende Teil bei dem Bruch zwischen ihm und ihr gewesen, so wurde auch ihm nun sein Teil an Schmerzen zugemessen, und es kamen Stunden, in denen er sich fragte, ob er nicht mit Dagmar in bescheidenen Verhältnissen glücklicher geworden wäre, als mit Lisa in Glanz und Fülle. Aber gewöhnlich kam er dann nach langem Nachdenken doch zu dem Schluß, daß er auf ein sorgloses Leben in Luxus und Behagen noch weniger hätte verzichten können, als auf Dagmars Besitz.

Frau Ellen wünschte nun, daß ihre Tochter mit ihrem Verlobten die üblichen Verlobungsbesuche machen sollte.

„Man wird mich nicht sehr freundlich in Deinen Kreisen empfangen, Dagmar", meinte Ralf.

Die Komtesse schüttelte lächelnd den Kopf.

„Das sind Deine alten, törichten Befürchtungen, Ralf. Du wirst sehen, man kommt Dir überall freundlich entgegen. Auch in meinen Kreisen weiß man einen tüchtigen Mann zu schätzen. Und im übrigen sind jetzt Deine und meine Kreise dieselben. Nicht wahr, da darf es keine Unterschiede geben."

„Auch können Sie Dagmar nicht isolieren, lieber Sohn. Sie muß doch auch in Zukunft in der Gesellschaft die Stellung einnehmen, die ihr zukommt", warf Frau Ellen ein.

Dagmar faßte mit festem, warmem Druck Ralfs Hand. „Laß Dir nicht bange sein, Ralf.

Meinetwegen brauchtest Du keinerlei Verkehr anzubahnen. Aber Du bist jetzt unbedingt der Herr des größten Grundbesitzes in der ganzen Umgegend, und so ein Besitz verpflichtet."

Lächelnd sah er zu ihr auf. „Es wird schon recht sein, wie Du es willst, Dagmar. Meine Frage war auch mehr scherzhaft gemeint. Ich bin durchaus keine Einsiedlernatur. Du mußt mir in Zukunft nur sagen, wann und an wen ich Einladungen ergehen lassen muß."

„Das will ich gern tun. Vorläufig sind wir aber in Trauer und können so zurückgezogen leben, als wir wollen. Geselligkeiten im großen Stil, wie sie die Eltern hier in Schönau gepflegt haben, mag ich gar nicht."

„Aber Dagmar, Ihr werdet doch hoffentlich Eurem Stande angemessen ein großes Haus führen? Das ist doch selbstverständlich!" rief Frau Ellen eifrig.

Ruhig schüttelte Dagmar den Kopf.

„Nein, Mama, wenn Ralf das nicht ausdrücklich wünscht, ganz gewiß nicht. Ich finde es viel hübscher, einen kleinen Kreis gleichgesinnter Menschen um mich zu haben, als wahllose Masseneinladungen ergehen zu lassen. Ich denke, daß wir auch darin harmonieren, lieber Ralf."

Zustimmend sah er in ihre Augen.

Frau Ellen war etwas verstimmt. Sie hatte sich auf märchenhafte Feste gefreut, die sie im Namen und auf Kosten ihres Schwiegersohns veranstalten wollte. Nun wurde ihr dieser schöne Traum zerstört! Denn, wenn man sich in Berndorf mit einem „kleinen Kreise und einer schlichten Geselligkeit" begnügte, dann konnte sie des schlechten Eindrucks wegen in Schönau nicht üppiger leben als ihr Schwiegersohn.

Frau Ellen war also gar nicht zufrieden mit ihrer Tochter. Umso zufriedener war Ralf über die Haltung seiner Braut zu dieser Frage. Dagmar zuliebe hätte er natürlich in eine größere Geselligkeit ohne weiteres gewilligt, aber da sie selbst eine gewisse Beschränkung wünschte, war er sehr froh. —

Bei den Verlobungsbesuchen machte Ralf die Bekanntschaft all der Menschen, die ihn erst als Eindringling hatten abfallen lassen wollen, und die dann bei seiner Zurückhaltung so begierig auf seine Bekanntschaft geworden waren.

Ueberall wurde er außerordentlich freundlich aufgenommen. Auch in der Familie des Bankiers Volkmann erschien das Brautpaar. Bei dieser Gelegenheit traf es mit Baron Korff zusammen.

Als Dagmar am Arm ihres Verlobten den Volkmannschen Salon betrat und Heinz Korff erblickte, ging es ihr wieder wie ein Stich durchs Herz. Zugleich fühlte sie aber auch, daß Ralf zusammenzuckte. Unruhig und ängstlich sah sie zu ihm auf, und in ihren Augen lag ein flehender Ausdruck.

Da nahm er sich zusammen und lächelte ihr beruhigend zu. In höflicher Ruhe, wenn auch etwas zurückhaltend, begrüßte er den Baron so gut, wie die anderen Herrschaften.

Lisa Volkmann plauderte mit Dagmar, wie eine glückliche, junge Braut zur anderen.

„Jetzt weiß ich doch, mein lieber Herr Jansen", sagte der Bankier, „weshalb Ihnen das Wohl der Schönauer Damen gar so sehr am Herzen lag."

Ralf erwiderte einige belanglose Worte auf diesen Scherz. Er konnte nur schwer seine Ruhe bewahren, denn er sah, daß die Augen des Barons mit einem heißen, brennenden Ausdruck auf Dagmars blassem Gesicht ruhten. Korff konnte seine Augen nicht von Dagmar losreißen. Er suchte ihre Augen auf sich zu lenken, weil er darin lesen wollte, ob in ihrem Herzen alles gestorben war, was sie für ihn empfunden hatte. In dieser Stunde erschien ihm nichts wichtiger, als diese Frage. Und es erschien ihm wie Wahnsinn, daß er Dagmar aufgegeben hatte. Die reiche Braut war ihm jetzt nur eine lästige Fessel. Eine brennende Eifersucht auf Ralf erfüllte sein Herz, Eifersucht und Neid, weil dieser den Regungen seines Herzens hatte folgen können.

Baron Korff fragte sich, ob Ralf Jansen wußte, daß Dagmar ihn liebte. Daß sie ihn noch liebte, wollte er in seiner Eitelkeit nicht bezweifeln.

(Fortsetzung folgt.)

Orientalische Teppiche.

Von Dr. Albert Korn.

Nachdruck verboten.

Gr. — Als nach Beginn des zweiten Kriegsjahres der erste Balkanzug nach Konstantinopel ging, fuhren auch die großen Teppichhändler aus dem Deutschen Reiche, aus Oesterreich-Ungarn und aus unseren neutralen Nachbarländern nach dem nahen Orient, um dort ihre Einkäufe zu machen. Damals waren noch reiche Läger vorhanden, aber sie waren, da der Nachschub fehlte, bald ausverkauft. Die Unterbrechung der Verkehrsverbindungen, die der unglückliche Kriegsausgang brachte, konnte dem Teppichhandel nicht mehr schaden. Es war schon lange Zeit vorher aus dem nahen Orient nichts mehr zu holen.

Die Preise für orientalische Teppiche sind dann auch bei uns fast mehr noch als für jede andere Ware in die Höhe gegangen, so daß es heute beinahe nur noch dem Kriegs- oder Revolutionsgewinnler möglich ist, sich einen echten „Türken" oder „Perser" zu leisten. Von jeher ist ja schon viel Geld an orientalischen Teppichen verdient worden, die in ihrer fernen Heimat von den Großhändlern für einen Spottpreis aufgekauft wurden. Der durch die Teuerung bedingte Aufschlag auf den normalen Preis kommt demgegenüber nicht wesentlich in Betracht.

Aber wie teuer oder wie billig er immer sein mag — der Teppich, vor allem der orientalische Teppich, ist etwas, das auf dem ganzen Erdenrund als etwas

mit allen loyalen Mitteln die Revision dieses Vertrages erstreben

werden, daß wir für eine gemeinsame Arbeit zur Wiederaufrichtung der darniederliegenden europäischen Kultur eine solche Revision für unerläßlich halten, und zwar nicht nur im Interesse des deutschen Volkes, sondern auch aller seiner Nachbarn. Das belgische Volk hat nicht vergessen, daß es ein Opfer des deutschen Einmarsches geworden ist. Wenn wir jetzt daran gehen, durch werktätige Opfer Wiedergutmachung zu üben, so wird damit auch der Weg zur Verständigung mit dem belgischen Nachbarvolk allmählich geebnet werden, das in diesem Kriege unschuldiger gelitten hat, als irgend ein anderes Volk. Die verwüsteten Fluren Nordfrankreichs gewähren ein entsetzliches Bild. Nur pharisäische Selbstgerechtigkeit oder Siegerübermut kann es fertig bringen, das Schuldig nur gegen ein Volk zu sprechen. Die objektive Kriegsgeschichte wird in Würdigung dieser verurteilenswerten Vorkommnisse dereinst sagen: Wir waren Sünder allzumal. Der Krieg erschüttert die Nerven eines Volkes um so mehr, je mehr es von ihm mitgenommen wurde. Kein Volk hat aber verhältnismäßig so viele Tote verloren, soviel Verwüstungen erlebt und so viele Opfer bringen müssen, als das französische Volk. Zeigen wir deshalb Verständnis für die derzeitige Mentalität dieses Volkes. Zeigen wir, daß wir bereit sind, mit allen Kräften an dem Wiederaufbau der verwüsteten Gegenden mitzuwirken, so wie wir es feierlich versprochen haben. Die Vorbesprechungen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs haben bereits begonnen. Ich appelliere

an die deutschen Arbeiter, an die deutschen Techniker und Architekten,

daß sie sich bereithalten, wenn der Ruf an sie ergeht, aus den trostlosen Ruinen jener Gegenden wieder blühendes Leben erstehen zu lassen. Ich nehme dabei an, daß uns die unbedingt notwendigen Rohstoffe geliefert werden. Wir wollen die gestaltende Kraft, die sich beim Wiederaufbau des verwüsteten Ostpreußen bereits geschult hat, in den Dienst dieser großen Aufgabe stellen. Aber nur, wenn wir uns gegenseitig helfen, wird das erzeugt werden können, was in dem französischen und auch in unserem Interesse liegt. Die werktätige Liebe, mit der wir uns der Wiedergutmachung unterziehen wollen, soll unsere Revanche sein. (Lebhafter andauernder Beifall links. Lachen rechts.) Ich erwarte, daß die Arbeit, die wir auf französischem Boden zu leisten haben, und die wir gern leisten wollen, dazu beitragen wird, die beiderseitigen Beziehungen auf einen anderen Fuß zu bringen. Die Reden, die wir in letzter Zeit von den französischen Staatsmännern gehört haben, und die Noten, die uns von militärischer Seite durch die Waffenstillstandskommission übermittelt wurden, verraten noch ganz die Sprache der Kriegszeit. In Berlin wurde der französische Unteroffizier Manheim in der Nacht zum 12. Juli tödlich verletzt. Die Untersuchung wurde sofort eingeleitet. Hoffentlich gelingt es bald, den Täter einwandfrei festzustellen, damit dieses Verbrechen seine gebührende Sühne findet. Die französischen Soldaten, die sich in Berlin aufhalten, haben Anspruch auf Schutz. Ich weiß mich eins mit dem gesamten anständigen Teil der Berliner Bevölkerung, wenn ich sage, daß dieser die Vorfälle, die zum Tode Manheims geführt haben, aufrichtig bedauert. Nun soll nach der Note des Marschalls Foch die Stadt Berlin mit einer Strafe von 1 Million Franken in Gold belegt werden. Wie wurde gegen Deutschland in der ganzen Welt während des Krieges agitiert, weil militärische Befehlshaber während des Krieges im besetzten Gebiet Städten Geldbußen auferlegt hatten für Verfehlungen, die einzelne Einwohner sich zuschulden kommen ließen. Von uns wird aber jetzt verlangt, daß eine Stadt, die weitab vom besetzten Gebiet liegt, nach Unterzeichnung des Friedens eine Buße zahlen soll für einen Vorfall, den ihre Bevölkerung ebenso scharf verurteilt, wie irgend ein Franzose. Dazu fehlt selbst im Kriegsrecht jede Parallele. Solche Forderungen im Zusammenhang mit der Androhung weiterer militärischer Zwangsmaßnahmen bei Nichterfüllung der Forderung entsprechen dem Kriegszustand und nehmen keinerlei Rücksicht darauf, daß die deutsche Regierung den Friedensvertrag tatsächlich bereits ratifiziert hat. Solche Maßnahmen

können nicht der Versöhnung der Völker dienen.

Von dem Geist der Versöhnung ist überhaupt noch wenig zu spüren. Lloyd George hat bei der Verlesung des Versailler Vertrages im Unterhause gesagt, der Friedensvertrag bezwecke an Deutschland ein Exempel zu statuieren. Das scheint allerdings so zu sein, aber das bestätigt, daß der Vertrag ein Bruch des Novemberabkommens ist, wie überhaupt der Friedensvertrag die Lansing'sche Note zu einem Fetzen Papier gemacht hat. Was soll es heißen, wenn Lloyd George von Deutschland die Einsicht verlangt, daß die deutsche Politik der letzten 150 Jahre ein bitterer Fehler gewesen sei? In den letzten 150 Jahren hat die englische Politik mehr an der Seite der preußischen gestanden, als an der irgend eines anderen Volkes. Seit dem spanischen Erbfolgekriege dankt es England mehr als einmal dem preußischen Degen, wenn es seine Kolonialpolitik durchsetzen konnte, und auch in England sollte man das Wort Wellingtons bei Waterloo nicht vergessen.

Die Aufgabe der deutschen Diplomatie wird in Zukunft mehr denn je sein, das kulturelle und wirtschaftliche Leben der anderen Völker kennen zu lernen, um es besser berücksichtigen zu können. Bessere, vertiefte Kenntnis des Auslandes, gleichzeitig aber auch des Inlandes und seiner wahren Bedürfnisse, wird das erste Erfordernis des neuen auswärtigen Dienstes sein müssen. Nur die besten Kräfte werden gerade gut genug sein, um ihm zu genügen. Es wird ernster Anstrengung bedürfen, wenn wir allmählich wieder unseren alten Platz in der Weltwirtschaft erringen wollen. Dazu ist vor allem notwendig, daß unser inneres Wirtschaftsleben wieder in Gang kommt durch ausreichende Zufuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen, wobei uns die Inanspruchnahme des Privatkredits eine wesentliche Hilfe sein wird. Um unserer Exportware den Auslandsmarkt wieder zu eröffnen, müssen wir trachten, durch Spezialabmachungen mit den einzelnen Staaten die uns im Friedensvertrag versagte Meistbegünstigung wieder sicherzustellen. Auf Tarifhandelsverträge, deren letzter in nicht zu ferner Zeit verschwinden dürfte, werden wir für absehbare Zeit nicht mehr rechnen können.

Zum Schluß seiner Rede erwähnt der Reichsminister noch den Wiederaufbau der Handelsflotte, die Sorge für die Ausgewanderten und den wirtschaftlichen Nachrichtendienst, für den eine besondere Stelle im Auswärtigen Amt geschaffen wird.

Darauf wird Vertagung beschlossen. Nächste Sitzung Donnerstag 10 Uhr. (Interpellationen über Planwirtschaft und Landarbeiterstreik.)

Neues vom Tage.

Die nächtlichen Abenteuer einer Frisörin

aus der Gneisenaustraße in Berlin beschäftigen gegenwärtig die Berliner Kriminalpolizei. Bei dem Besuch eines Nachtlokals in der Kommandantenstraße lernte die Frau einen Mann kennen, von dem sie sich nach Hause begleiten ließ. Auf dem Heimwege schlug ihr Begleiter vor, auf ein Viertelstündchen einen Spielklub zu besuchen. In dem Lokal waren etwa 40 Personen versammelt. Der Mann bot der Frisörin einen Kognak an. Sie trank ihn auch, bekam aber gleich darauf Herzkrämpfe und verlor die Besinnung. Man brachte sie jetzt nach Hause. Erst am nächsten Tage, mittags 12 Uhr, kam sie wieder zu sich und machte nun die unliebsame Entdeckung, daß ihr für 3000 Mark Schmucksachen, drei Brillantringe, ein Paar Ohrringe und eine silberne Börse, gestohlen worden waren.

Letzte Lokal-Nachrichten.

= Die Bäcker-, Konditor- und Pfefferküchler-Innung hielt am 22. d. Mts. ihr Quartal ab, das von 97 Kollegen und 9 Frauen besucht war. Der Obermeister Maiwald wies bei Eröffnung der Versammlung darauf hin, daß dies die erste Innungssitzung nach 5 Jahren Krieg sei. Leider habe der Frieden nicht das gebracht, was sich das deutsche Volk von ihm erhofft, und gerade für das Bäckergewerbe seien die Verhältnisse schlechter geworden, da seine Sozialisierung geplant werde. Darauf wurden die Kollegen Joseph Sauer (Weißstein), Alfred Kuttig (Waldenburg), Alfred Menzel (Altwasser) und Hermann Schmidt (Hellhammer) in die Innung aufgenommen. Freigesprochen wurden 6 Bäcker- und ein Konditorlehrling. 36 Lehrlinge mußten in die Lehrlingskammerrolle neu eingetragen werden, obgleich schon im vorigen Quartal durch den Obermeister eine Warnung an die Kollegen ergangen war, mit der Einstellung von Lehrlingen einzuhalten. Es wurde beschlossen, dem in der hiesigen Stadt gebildeten Ortsausschuß für freie Nahrungsmittelwirtschaft in corpore beizutreten. Es entspann sich eine längere Aussprache über die Gesellenbewegung und den Lohntarif. Mit den handwerkstreuen Bäckergesellen ist verhandelt worden. Der Tarif der Verbandsgesellen ist wegen der hohen Unkosten, besonders der fortwährenden Steigerung der Kohlenpreise und der geringen Zuteilung von Weizenmehl — sie ist im Kreise Waldenburg am schlechtesten — abgelehnt worden. Dem Verein christlicher junger Männer wurde eine Beihilfe von 40 Mk. gewährt. Die Preise für Hausbäckerei wurden wie folgt festgesetzt: 1 Blech Kuchen 40 Pfg., 1 Blech Striezel 50 Pfg., 1 Mohnsemmel 40 Pfg., 1 Napfkuchen 20 Pfg., 1 Pfd. Brot 5 Pfg. Bleche, Bretter und Formen werden nur gegen Pfand geliehen. Es wurde die Mitteilung gemacht, daß ab 15. September besseres Mehl zu erwarten ist. Ferner wurde ein Bericht über den Obermeister- und Genossenschaftstag gegeben. Auf diesem wurde Klage über die geringe Beteiligung an der Sterbekasse seitens der Innungsmitglieder geführt. Wünschenswert ist es, daß jeder Kollege, der der Innung beitritt, sich auch der Sterbekasse anschließt.

* **Zum Handel mit Margarine.** In letzter Zeit wird verschiedentlich versucht, Margarine in großem Umfange in den freien Handel zu bringen. Da Margarine und Kunstspeisefette nach wie vor der Zwangsbewirtschaftung unterliegen und ihr Vertrieb im freien Handel in absehbarer Zeit noch nicht erfolgen kann, wird darauf hingewiesen, daß der freie Handel mit diesen Produkten verboten ist, und daß gegen Zuwiderhandlungen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vorgegangen werden wird.

Wettervoraussage für den 25. Juli:
Veränderlich, schwachwindig, wenig Erwärmung.

Druck u. Verlag Ferdinand Domel's Erben (Geschäftsleitung: O. Dietrich). — Verantwortlich für die Schriftleitung: B. Müntz, für Reklame und Inserate: G. Anders, sämtlich in Waldenburg.

Für die vielen Beweise herzlicher Anteilnahme bei dem Hinscheiden und der Beerdigung unseres lieben Vaters sagen wir hiermit ein herzliches
„Gott vergelt's!"
Hermsdorf, 24. Juli 1919.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
August Meissner.

Kranken Frauen
und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich von meinem langjährigen Frauenleiden (Weißfluß) in kurzer Zeit befreit wurde. Rückporto erbeten.
Frau Berta Hoopmann, Berlin W. 35, Potsdamer Str. 104.

Fort mit Kinderwagen, Brüllingswäsche 2c.
Kluge Eheleute
verlangen kostenlos illustr. Preisliste von hyg. Centrale E. Golde, Torgau/Elbe.

Reparaturen und Messingspindeln für
Wasserhähne
fertigt prompt B. Nowack, Altwasser, Waldenburger Str. 37.

Achtung!
Eisenbahner, im Alter von 21 Jahren, sucht Logis bei einer jungen Kriegerwitwe mit gemütlichem Heim. Spätere Heirat nicht ausgeschlossen. Offert. mit Bild unter H. H. 1000 in die Geschäftsstelle d. Ztg. erbeten.

Wer verleiht oder verkauft ein Luftkissen für eine arme, kranke Frau? Gefl. Angeb. in die Geschäftsst. d. Ztg. erb.

Altes Heu und Spreu
verkauft
Schottisei Kl. Hennersdorf
bei Grüssau.

Mittl. Hotel
oder besseres Stadt-Gasthausgrundstück von Fachmann bei 20000 Mk. Anzahlung sofort
zu kaufen gesucht.
Agenten verbeten. Offerten unt. B. B. 5877 an Rudolf Mosse, Breslau.

Mehrere fette, schlachtreife Kaninchen
hat zu verkaufen E. Reichel, Neu Salzbrunn Nr. 30.

Ein Paar getr. Knabenholzschuhe, Gr. 35, zu verkaufen Auenstraße 23, III., geradeaus.

1 Friedens-Plüschgarnitur
1 Salontisch, (Kupfer),
1 Spiegel mit Konsole,
1 Serviertisch,
1 Bauerntischchen,
2 Bilder,
4 kl. Konsols,
6 Stühle (wie neu),
1 schwarzer Notenständer
wegen Platzmangel billig zu verkaufen. Geyer, Gartenstr. 3 a, part. l. (Durchg. Pleß'scher Hof).

Ein Arbeitspferd, sowie ein vierrädriger Handwagen zu verkaufen
Ober Waldenburg, Kirchstr. 6.

Schöne Petr.-Lampe zu verk. Wo? sagt d. Geschäftsst. d. Ztg.

Ein Zickel zu verkaufen Hermsdorf, Mittl. Hptstr. 16.

Eine Gartenbank und einige Lindenstämme zu verkaufen Hermsdorf, Obere Hauptstr. 10.

Großes Vogelbauer
billig zu verkaufen bei Hanke, Neu Salzbrunn, Eigenh.-Kol. 3.

Gute Feldbettstelle, sowie ein Federbett bald billig zu verkaufen. Wo? sagt die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

2 Badeanzüge für junge Herren, getr. Mützen für Arbeiter zu verkaufen. Zu erfr. in in der Geschäftsstelle d. Ztg.

Selbstgeber verleiht schnell diskret Geld, Ratenzahlg. gestattet.
J. Maus, Hamburg 5.

Ueberall Vertreter gesucht.
Näheres gegen Rückporto Schließfach 83 Liegnitz.

Ein Schuhmachergeselle
findet dauernde Beschäftigung bei Franz Bartsch, Weißstein, Altwasser Straße 1.

Malergehilfen
sucht sofort
A. Ernst, Gerberstraße 3

Ein älterer Arbeiter
kann sich melden bei
M. Fleischer's Nachf., Töpferstraße 20.

Tüchtige
Zuarbeiterin u. Garnitererin
für feinen Damenputz
gesucht.
Schriftl. Meldungen unt. T. Z. an die Geschäftsst. d. Ztg. erbeten.

Junges Mädchen
für leichte Arbeit zum baldigen Antritt gesucht.
Gasthof zur Sandmühle.

Einzelne Werkstelle als Lagerraum für sofort zu vermieten
Friedländer Straße 22.

Sind auch die Schuhe abgenutzt, Blitzblank
Urbin
sie putzt!
in Dosen aller Größen überall erhältlich
Fabrik Urban & Lemke, Charlottenburg

Suche besseres Logis od. möbl. Zimmer für zwei Herren.
M. Bartsch, Bildhauerei, Bahnhofstraße.

Ausweise für Stellenvermittlerinnen
sind vorrätig in der Exped. d. Waldenburg. Zeitung.

Bewohner von Waldenburg und Umgegend!

Erscheint in Massen ☞ Donnerstag abend 8 Uhr im „Schwert"-Saale zur

Volksversammlung der Bürgervereinigung.

Redner: Stadtverordneter **Lüders**-Berlin. Thema: **„Wesen und Zweck der Bürgervereinigungen."**

Alle wahlfähigen Männer und Frauen sind eingeladen.

Fleischausgabe.

In der Woche vom 21. bis 27. Juli 1919 werden ausgegeben:

100 gr Fleisch, 40 gr Wurst

nach den auf der Preistafel angegebenen Preisen,

60 gr Fleischkonserven

zum Preise von 53 Pf. gegen Fleischkartenabschnitt Nr. 1—10 (Kinder die Hälfte) 1—5.

Außerdem gelangen gegen Abgabe der Lebensmitteleinfuhrzusatzkarte Abschnitt Nr. 9 B und C

50 gr amer. Bratenschmalz

zum Preise von 55 Pf. zur Ausgabe.

Waldenburg i. Schl., den 23. Juli 1919.

Der Landrat.

Fleischlisten.

Die zur neuen Aufnahme an die Hausbesitzer bezw. Verwalter zugestellten Hauslisten sind ausgefüllt bis spätestens Montag den 28. Juli d. Js., mittags 1 Uhr, in der Polizeiwache Rathaus (Erdgeschoß) abzugeben.

Spätere Ablieferung kann die nicht rechtzeitige Abfertigung der Fleischkarten zur Folge haben.

Waldenburg, den 23. Juli 1919.

Der Magistrat.

Abgabe von Kirschen auf die Gemüse- und Obstkarte.

In den Gemüsehandlungen von Wunder, Schölzel, Hanke und Radler in der Neustadt, Jahn, Springer, Meschede, Godeck, Bergner Cochiusstraße, Blum, Glüser, Hiemer und Konsumverein Töpferstraße kann auf Abschnitt 25 evtl. auch 26

1 Pfund Kirschen

zum Preise von 1,— Mark in Empfang genommen werden. Die Abschnitte haben die Händler bis Montag im Zimmer 16 im Rathause abzuliefern.

Den Gemüsehandlungen sind außerdem frische Oberrüben, Weiß- und Welschkraut zum freien Verkauf zugeteilt worden. Die Verkaufspreise betragen für Oberrüben mit Kraut 28 Pfg., für Weißkohl 32 Pfg., für Wirsingkohl 32 Pfg. je Pfund.

Waldenburg, den 24. Juli 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Gemäß § 10 K.-O. finden Zahlungen nur am 1., 11. und 21. jeden Monats, und wenn einer dieser Tage auf einen Sonn- oder Feiertag fällt, am vorhergehenden Werktage statt.

In Zukunft ist die Kasse des Bezirkskommandos nur an den genannten Tagen von 9—12 Uhr vormittags zur Auszahlung der Gebührnisse geöffnet.

Waldenburg, den 23. Juli 1919.

Bezirkskommando.

Heinze, Oberstleutnant z. D. und Bezirks-Kommandeur.

In unser Handelsregister A. Nr. 426 ist am 22. Juli 1919 das Erlöschen der Firma „Niederschlesische Benzolfabriken Heinrich Koppers in Essen a. d. Ruhr mit Zweigniederlassung in Waldenburg Schles." eingetragen.

Amtsgericht Waldenburg Schles.

Freiwillige Versteigerung.

Sonnabend den 26. Juli 1919, vormittags 10 Uhr, werde ich in Waldenburg, im Restaurant bei Passon, gegenüber dem Amtsgericht:

1 Grammophon mit 10 Pfg.-Einwurf und 50 Stück Platten, 1 Regulator mit Gewichten, 2 Stück Fahrräder, 1 Nähmaschine, 1 Handnähmaschine, 2 Schuhmachernähmaschinen, 1 Warenschrank, 1 Glaskasten, 1 Bettstelle mit Matratze, 1 Hängelampe, 2 Bettstellen, 1 Matratze, 1 Küchentisch, 1 kleinen Tisch, 1 Garderobenständer, 4 Gardinenstangen, Gardinenhalter, 1 Spiegel, 1 geschnitztes Spruchbrett, Bilder, und darauf in einer Streitsache, wen es angeht, 200 Stück 1/4 kg-Dosen Krabbenextrakt u. v. a. m.

meistbietend gegen sofortige Barzahlung bestimmt versteigern. Erstere Gegenstände sind alt und gebraucht und können eine halbe Stunde vor Beginn der Versteigerung besichtigt werden.

Sikürge, Gerichtsvollzieher in Waldenburg Schl.

Nieder Hermsdorf. Pflichtfeuerwehr.

Montag den 23. Juni 1919, nachmittags 6 1/2 Uhr, findet auf dem Uebungsplatze beim Feuerwehr-Gerätehaus (Mitteldorf) eine Uebung der Reservekolonne Nr. 7 statt, zu welcher sich sämtliche Angehörige dieser Kolonne, versehen mit der Feuerlöschpflichtkarte, pünktlich einzufinden haben.

Fernbleiben von der Uebung ist zur Vermeidung der Bestrafung binnen 3 Tagen nach der Uebung bei dem Unterzeichneten hinreichend zu entschuldigen; es ist auch zulässig, schon vor dem Uebungstermin Befreiung von der Uebung nachzusuchen.

Nieder Hermsdorf, den 11. Juli 1919.

Der Gemeindevorsteher. J. V.: Friese.

Fürsorgestelle für Alkoholkranke.

Sprechstunden (während des Krieges): Mittwoch vorm. 9—10 und nachm. 5—6 Uhr, Mühlenstraße 25, I

Unentgeltliche Raterteilung. Größte Verschwiegenheit.

Einkaufsverein der Gemüse- und Obsthändler

E. G. m. b. H., Waldenburg i. Schles.

Bilanz am 28. Februar 1919.

	Aktiva		Passiva	
Waren-Konto	592	00		
Debitoren-Konto	16 256	46		
Utensilien-Konto	60	00		
Geschäftsguthaben-Konto			9 275	00
Reserve-Konto			32	00
Kreditoren-Konto			4 285	22
Darlehns-Schuld-Konto			256	91
Gewinn-Konto			3 059	33
	16 908	46	16 908	46

Mitgliederzahl bei der Gründung am 1. März 1918 27
Zugang im Geschäftsjahr 1918/19 5
Mitgliederzahl am 28. Februar 1919 32

Haftsumme 37 Anteile Mark 11 100.

Der Vorstand.

Glaeser. Würscher. Hiemer.

Spirituosen, Weine, Zigarren, Zigaretten

empfiehlt

Adolf Müller Nachf. Herbert Schäffer,

Nieder Hermsdorf, am Viadukt.

Kranken-An- u. Abmeldescheine sind vorrätig in der Geschäftsstelle der **Waldenburger Zeitung.**

A. Geyer's Tanzschule.

Sonntag den 27. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Saale der Gorkauer Bierhalle:

Gesellschaftsstunde

für die letzten drei Zirkel des Waldenburger Kursus April—Juni.

APOLLO-THEATER
Ober-Waldenburg
(Zur Plumpe)

Voranzeige!

Am Freitag beginnt das äußerst spannende und fesselnde Drama:

Die Geschichte eines Spitzentuches.

Hierzu das herrliche Beiprogramm:

Der kleine Baron.

Ein Lustspiel in 3 Akten.

Formulare für Kostenanschläge

zu haben in der **Geschäftsstelle der „Waldenburger Zeitung".**

Orient-Theater
Freiburgerstraße No 5

Nur noch heute Donnerstag:

Der erstklassige Spielplan!

Colomba

mit

Erna Morena.

Eine exotische Novelle in 5 Akten.

Sowie

das gute Beiprogramm!

Der Tanzlehrfilm

Fox trot

ist auf vielseitigen Wunsch bis Montag verlängert!

Ab Freitag:

2 Prachtfilmwerke 2!

Eva May,

Tochter der Mia May,

in:

Stürme,

oder:

Ein Mädchenschicksal.

Ferner

das Kunstfilmwerk:

Verrat und Sühne.

Union-Theater

Heute letzter Tag des herrlichen Spielplans:

Robin Morris!

Der Mann der Tat!

Harry als Billardspieler!

Von morgen ab:

2 große Sensationen!

Der Zirkusteufel

mit Max Landa!

Halbblut

mit Reffel Orla!

Kurtheater
Bad Salzbrunn.

Freitag den 25. Juli cr.:

Alt-Heidelberg.

Schauspiel in 5 Akten von Meyer-Förster.

Hierzu eine Beilage und das Unterhaltungs-Beiblatt „Gebirgsblüten".